



**Donau-Universität Krems**  
**Zentrum für E-Governance**

## Evaluation der Open Data Umsetzung der Stadt Wien

---

**Executive Summary**  
**Studie im Auftrag der Stadt Wien**

**Dezember 2012**



## Vorwort

“ *Mut zu neuen Wegen* ”



DI Johann Mittheisz  
CIO der Stadt Wien

Effektivität und Effizienz sind Prämissen der öffentlichen Verwaltung und die Informationstechnologie hilft uns, diese Ziele zu erreichen. Dazu haben wir in der Stadt Wien in den letzten Jahren zahlreiche Anstrengungen im E-Government unternommen: 600 Verfahren wurden im Virtuellen Amt der Stadt Wien beschrieben, wovon wir mittlerweile über 180 elektronisch abwickeln können. Diese Anstrengungen werden wir beibehalten um auch in Zukunft digitaler Vorreiter bei der Umsetzung von E-Government Services zu bleiben.

Neben der Digitalisierung von Verfahren hat ein neues Paradigma Einzug gehalten, ein Paradigma, dem nicht mit alleiniger Technologisierung von Prozessen und Verfahren begegnet werden kann. Ausgehend von einer Generation, für die der Umgang mit digitalen Medien selbstverständlich ist, müssen wir in der Verwaltung Mut zu neuen Wegen aufbringen, um gemeinsam mit unseren Bürgerinnen und Bürgern an der Verwaltung der nächsten Generation zu arbeiten. Mitbestimmung, Transparenz und Teilhabe sind Schlagworte dieser Generation, deren Implementierung das traditionelle Verwaltungsverständnis grundlegend verändern wird. Mit Open Government und Open Government Data gehen wir diese ersten Schritte gemeinsam mit der Öffentlichkeit, um Erfahrungen zu Sammeln und in Zukunft noch stärker zielgruppenorientierte Services und Dienstleistungen anbieten zu können.

Die Antwort nach dem richtigen Weg können wir uns bei gemeinsamen Wegen nicht selbst geben. Daher haben wir im Sommer 2012 eine breitangelegte Studie in Auftrag gegeben, um Wünsche der Öffentlichkeit mit den Anforderungen der Verwaltung und dem Versprechen von offenen Verwaltungsdaten abzugleichen. Die dabei erzielten Resultate werden der Verwaltung Wiens helfen, ihr Open Government Data Angebot zu optimieren. Wir wollen die dabei erzielten Erkenntnisse der Community zurückgeben und sind überzeugt, dass die ausgesprochenen Empfehlungen auch über Wien hinausgehend relevant sind.



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	3
Inhaltsverzeichnis.....	5
I. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse .....	7
I.1 Die OGD-Strategie der Stadt Wien und deren Umsetzung.....	7
I.2 OGD in der Wiener Stadtverwaltung: Nutzen, Potential und Mehraufwand.....	9
I.3 Bewertung von OGD aus Sicht der Zielgruppen .....	10
I.4 Kostenlose und kostenpflichtige Veröffentlichung von Daten .....	12
I.5 Der Wertbeitrag von OGD zum Public Value .....	12
I.6 Gender-Aspekte von OGD .....	14
II. Interpretation der Ergebnisse .....	14
III. Handlungsempfehlungen zur Umsetzung von OGD.....	25
Empfehlung 1: Umsetzung von abteilungsübergreifendem Informationsmanagement durch gemeinsamen Datenbus .....	27
Empfehlung 2: Daten-Harmonisierung und Vergleichbarkeit von OGD .....	27
Empfehlung 3: Entwicklung von OGD-tauglichen, internen Refinanzierungsmodellen.....	28
Empfehlung 4: Ausweitung des Datenangebotes .....	28
Empfehlung 5: Bereitstellung von Werkzeugen am OGD Portal .....	29
Empfehlung 6: Zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit und Applikations-Initiativen .....	30
Empfehlung 7: Anwendungsschnittstellen zur internen und externen Kommunikation.....	31
Empfehlung 8: Ausbau des OGD-Portals zur Open Government-Plattform .....	32
Empfehlung 9: Maßnahmen zur Verringerung des Geschlechterungleichgewichtes .....	33
Empfehlung 10: Förderungen im Kreativbereich nach Seedfunding-Modellen .....	34
Empfehlung 11: Rechtliche Adaptionen zur Förderung von OGD.....	34
Empfehlung 12: Zusammenführung der Diskussionsstränge zu PSI und OGD .....	35
Empfehlung 13: Etablierung von CC-BY als das Standardmodell öffentlicher Förderungen .....	35
Empfehlung 14: Adaption von Aus- und Weiterbildungsprogrammen .....	36
Empfehlung 15: Föderales Informationsmanagement mit Einbindung externer Datenquellen und Stakeholder .....	36
Literatur .....	38





britanniens (Veröffentlichung 2009) wurde ähnlich wie jenes der USA (Veröffentlichung 2010) erst 2012 im Hinblick auf Aufwand und Effektivität als Voraussetzung für entsprechende Korrekturmaßnahmen evaluiert. Eine der Forderungen dieser Evaluierung ist die zentrale Steuerung und Koordination der Maßnahmen. Gerade in diesem Bereich liegt die Stärke der Umsetzung der OGD-Strategie der Stadt Wien.

Die Entscheidung, das OGD-Portal auf der bestehenden CMS-Plattform aufzusetzen, hatte den Vorteil eines sehr kurzen Umsetzungszeitrahmens von weniger als 4 Monaten ab der politischen Entscheidung. Notwendiges Wissen für die Implementierung war somit vorhanden, Wissen welches bei Integration einer neuen Lösung zuerst aufgebaut hätte werden müssen. Für den nachhaltigen und kostenschonenden Betrieb sind im Innenverhältnis allerdings dezentrale Pflegeprozesse notwendig, welche die verteilte Datenadministration und die Rechteverwaltung unterstützen. Die Daten des OGD-Portals der Stadt Wien werden gegenwärtig (Oktober 2012) noch auf manuellem und damit fehleranfälligen Weg am föderalen Metadatenportal [data.gv.at](http://data.gv.at) bereitgestellt. Idealerweise sollte in Folge eine automatisierte Anbindung an das föderale Metadatenportal [data.gv.at](http://data.gv.at) erfolgen. Im Außenverhältnis sollten standardisierte APIs für ApplikationsentwicklerInnen bereitgestellt werden.

Der homogene Auftritt des Portals als Projekt der Stadt Wien wird sowohl von den internen Abteilungen der Stadtverwaltung als auch den externen Zielgruppen positiv wahrgenommen. Neben der visuellen Homogenität verfügen die Abteilungen dennoch über wesentliche Entscheidungsfreiheiten, was sich auch in den Ergebnissen der qualitativen Interviews widerspiegelt, denn Datenformate, Struktur und Ausmaß der zur Verfügung gestellten Daten sind auch bei ähnlichen Daten bei den Abteilungen jeweils unterschiedlich.

Fünf Dienststellen (MA 14, Automationsunterstützte Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie; MA 23, Wirtschaft, Arbeit und Statistik; MA 26, Datenschutz und E-Government; MA 41, Stadtvermessung; MA 53, Presse- und Informationsdienst) konstituieren das Open Government-Kompetenzzentrum Wien. Nicht unmittelbar beteiligte Dienststellen zeigten im Verlauf der Online-Befragung sowie in persönlichen Interviews ein zurückhaltendes Interesse, teilweise wurde in diesem Zusammenhang auch weniger oder fehlendes Wissen bezüglich der Open Government-Strategie bzw. deren Umsetzung festgestellt.

Grundsätzlich wird eine zielgruppenspezifische Bewerbung der zur Verfügung gestellten Datensätze von allen anbietenden Dienststellen als sinnvoll eingestuft. Trotz der inhaltlichen Nähe zur Zielgruppe wird die Öffentlichkeitsarbeit von den meisten der befragten Dienststellen dennoch als zentral wahrzunehmende Aufgabe betrachtet, die von der MA 53 (Presse- und Informationsdienst) weiterhin durchgeführt werden sollte.

Soziale Medien bzw. Soziale Netzwerke werden zur zeitnahen und zielgerichteten Bekanntmachung neuer Datensätze durch die jeweiligen OGD-Verantwortlichen der Dienststellen nicht verwendet. Die Möglichkeit, Soziale Medien als Rückkanal zur Meldung von fehlerhaften Daten, Anliegen oder Wünschen zu nutzen, wird von den Dienststellen nicht genutzt. Im Interview mit den Dienststellen stellte sich heraus, dass beispielsweise Facebook für die meisten Arbeitsplätze gesperrt ist und die Verwendung Sozialer Netzwerke nicht forciert wird.

## **I.2 OGD in der Wiener Stadtverwaltung: Nutzen, Potential und Mehraufwand**

Eine deutliche Mehrheit (32 von 40) der BefragungsteilnehmerInnen aus den Dienststellen der Stadt Wien erkennt einen Nutzen durch die Umsetzung der OGD-Strategie, vor allem Personen in einer Leitungsfunktion sind dieser Ansicht.

Die OGD anbietenden Dienststellen der Stadt Wien nennen Vorteile von OGD auf der Motivationsebene der MitarbeiterInnen: In der Interaktion mit den Stakeholdern werden Nutzungspotentiale vermittelt, die die externe Bedeutung der eigenen Arbeit verdeutlichen. Die MitarbeiterInnen der Dienststellen nennen weiters das verbesserte Image in der öffentlichen Wahrnehmung als vorteilhaft: Die Wiener Stadtverwaltung erreicht demnach durch das OGD-Portal ein höheres Maß an KundInnenfreundlichkeit und KundInnenorientierung. Zudem wird die OGD-Initiative als effizienzsteigernd wahrgenommen, beispielsweise indem häufig nachgefragte Datensätze im OGD-Portal angeboten werden und nicht anlassbezogen aufbereitet werden müssen.

Als noch ungenutztes Potential wurde die Qualitätssicherungsfunktion der BürgerInnen genannt: Fehler können gemeldet werden und deren Korrektur verbessert längerfristig die Datenbasis. In diesem Zusammenhang wurde von den Stakeholdern die Forderung an die Verwaltung nach größerer Vergleichbarkeit der bereitgestellten Daten ausgesprochen. Sobald mehrere Abteilungen eine gemeinsame, harmonisierte Datenbasis nutzen, besteht ein gemeinsames Verständnis über Inhalt und Struktur, Interpretationsfehler treten kaum auf und Abteilungen können gemeinsam über die Verbesserung von Verwaltungsprozessen nachdenken.

Das OGD-Portal wird auch als einfaches System zum Informationsmanagement verwendet. Dienststellen nutzen das Portal, um sich über Daten anderer Abteilungen zu informieren und diese Daten gegebenenfalls nutzbringend für den eigenen Tätigkeitsbereich einzusetzen. Dieses Wissen ist durch das Fehlen eines zentralen Datenaustauschsystems ansonsten nur schwierig zu beschaffen. Eine Ausnahme stellt der ausgesprochen gut ausgebauter Geoinformations-Bereich der Stadt Wien (ViennaGIS<sup>®</sup>) dar. Unter dem Begriff ViennaGIS wird die Geodateninfrastruktur (GDI) der Stadt Wien verstanden. Diese umfasst ein Netzwerk zum Austausch und zur Pflege raumbezogener Informationen innerhalb aber auch – vorzugsweise auf Webservice-Technologien basierend - außerhalb der Stadt Wien. Das OGD-Portal der Stadt Wien profitiert von ViennaGIS, da es direkt an diese Geodateninfrastruktur angebunden ist.

Ein weiterer Nutzen, der in den Interviews mit den internen Dienststellen genannt wurde, ist die rasche Verfügbarkeit von Daten: Daten über Verwaltungsprozesse anzufordern würde länger dauern und ist mit administrativen Hürden verbunden. Die für die Pflege der Geodaten verantwortlichen Dienststellen nannten die fehlende Übersichtlichkeit der Geodaten. Das OGD-Portal ist in diesem Bereich überschaubarer.

Ein Mehraufwand ist übereinstimmend vorhanden. Da die Initiative als Infrastrukturmaßnahme wahrgenommen wird, sind exakte Aufwands- und Nutzenmessungen jedoch kaum durchführbar. Der Mehraufwand gestaltet sich in den einzelnen Dienststellen allerdings unterschiedlich. Jene Dienststellen, die Geodaten pflegen, nennen beispielweise kaum Mehraufwände – diese zusätzlichen Aufwände entstehen vor allem durch notwendige Formatanpassungen zur Einhaltung der OGD-Prinzipien sowie der zu erstellenden Metadatenbeschreibung. Personelle Aufwände können nur ungefähr beziffert werden, eine

projektbezogene Zeiterfassung findet – mit Ausnahme der MA 14 - nicht statt, und die Aufwände werden im ViennaGIS-Bereich als „sehr gering“ bezeichnet.

Geringe Vorteile werden auf Ebene der Service-Kommunikation wahrgenommen. Seit der OGD-Umsetzung ist nach Einschätzung einer deutlichen Mehrheit der befragten Personen kein Rückgang bei Anfragen via Telefon oder E-Mail zu Daten festzustellen.

### I.3 Bewertung von OGD aus Sicht der Zielgruppen

#### **Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Nutzen.**

Als Hauptprofiteure von OGD identifizieren die Befragten **BürgerInnen** die Verwaltung selbst, indem verbessertes Fehler-Reporting sowie eine teilweise „automatische Pflege“ der Daten zur Verbesserung verwaltungsinerner Prozesse beitragen kann.

In der Zielgruppe **Wirtschaft** zeigte sich, dass die Befragten keine ursächliche Nähe zum Datenportal der Stadt Wien äußerten. OGD ist eine zusätzliche Datenquelle, die bei KundInnenanforderungen auf Relevanz geprüft wird. Diese Zielgruppe plant die Nutzung von Daten für Mashups, im Bereich der Datenveredelung und API-Entwicklung. Ein Befragter nannte das Potential zur Integration in *Business Intelligence*-Anwendungen.

Die Zielgruppe der **ApplikationsentwicklerInnen** stuft die gesellschaftspolitischen Auswirkungen von OGD vergleichsweise gering ein. Die Motivation der EntwicklerInnen zur Umsetzung von OGD Anwendungen ist größtenteils unabhängig von kommerziellen Aussichten oder Erfolg, sie sind primär an der technischen Herausforderung interessiert.

In der Zielgruppe **Wissenschaft und Forschung** werden OGD-Projekte dann umgesetzt, wenn der Bedarf im Lehrbereich gegeben ist. Ein wirtschaftliches Interesse zur Entwicklung tragfähiger Wirtschaftsmodelle wird hingegen kaum als Motivation angesehen.

In der Zielgruppe der **JournalistInnen** zeigte sich, dass OGD als relevantes Thema angekommen ist, die Befragten aber kaum auf die Daten der Stadt Wien zurückgreifen. Es sind diesbezügliche Projekte in Österreich geplant, beispielsweise von der Austria Presse-Agentur (APA) und von Tageszeitungen. Eine Berücksichtigung dieser Zielgruppe als gesellschaftspolitisches Sprachrohr ist als lohnenswert einzuschätzen.

#### **Nutzungsaufwand.**

Nachdem die Befragung generell einen geringen inhaltlichen Fokus der Stakeholder auf das Datenangebot der Stadt Wien ergab, konzentrierte sich die Untersuchung auf jene der Applikations-EntwicklerInnen. Zum Untersuchungszeitpunkt (September 2012) waren auf der Applikationsseite der Stadt Wien 38 Anwendungen verfügbar. Eine fokussierte Umfrage unter den AnwendungsentwicklerInnen bezüglich deren Aufwand und dem Nutzungsverhalten der AnwenderInnen ergab, dass im Mittel 68,6 Stunden pro Anwendung von den EntwicklerInnen aufgewendet wurden. Bei 38 Anwendungen (Stand: September 2012), die primär auf die Daten der Stadt Wien zugreifen, entspricht das mehr als 208.000 Euro Entwicklungskosten, die eingespart werden konnten.

#### **Erwartungshaltung, Wünsche und Kritik der Zielgruppen.**

In der Zielgruppe **BürgerInnen** wurde ausgeprägtes Interesse an rechtlichen Verankerungen der OGD-Initiativen gezeigt, beispielsweise in Form eines spezifischen Informati-

onsfreiheitsgesetzes. Gewünscht wurden darüber hinaus die vermehrte Veröffentlichung relevanter politischer Daten, einheitlichere Datenstandards sowie mehr und bessere Metadaten für eine Vereinfachung bei Datenvergleichen. Weitere Aktivitäten wie zielgruppenspezifische Bewerbung und Fördermaßnahmen sowie das Anbieten von Workshops wurden angeregt, um OGD als Thema in der Bevölkerung bekannter zu machen und Barrieren zur Teilnahme zu verringern. Treffen zur Vernetzung der Zielgruppen sollten stärker gefördert werden.

Die Befragten aus dem Bereich **Wirtschaft** stimmen überein, dass die Daten zwar „interessant sind“, jedoch noch nicht zusammenhängend nutzbar wären. Der wirtschaftliche Nutzen von OGD wird erwähnt, konkrete Anwendungsfelder oder Betriebsmodelle bleiben als Ergebnis allerdings aus.

Weitere wertvolle Daten sollten hier für eine sinnvolle Nutzung noch folgen. Als Datenwünsche werden Grundbuch, Firmenbuch und das Gewereregister genannt, also Daten, die nicht von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt werden können.

Einige der TeilnehmerInnen aus der Zielgruppe **Wissenschaft und Forschung** sowie aus dem Bereich der **Applikationsentwicklung** sehen in der wirtschaftlichen Tragfähigkeit ihrer Lösungen keinen primären Grund zur Beschäftigung mit OGD. Die TeilnehmerInnen der Befragung wünschen sich eine Einbindung der Kammern oder Interessensvertretungen ebenso wie der Bildungseinrichtungen und Universitäten in die Initiative.

Nach Meinung der **ApplikationsentwicklerInnen** ist die Vielfalt der angebotenen Daten und Dienste überzeugend, der gute Kontakt der Stadt Wien zu den Zielgruppen wurde betont. Verbesserungsmöglichkeiten gibt es aber im Bereich der Rückkanalfähigkeit in die bereitstellenden Abteilungen sowie generell zu den PortalbetreiberInnen.

Als weitere Wunschdaten wurden Geodaten/Lokalisierungsmöglichkeiten sowie verkehrs/mobilitätsbezogene Daten, Bevölkerungszahlen/demografische Entwicklungsdaten und Wohnraumdaten genannt. Weiters wurde die Notwendigkeit von Schnittstellen sowie die Durchführung von Forschungsprojekten mit Universitätsanbindung hervorgehoben.

Befragte aus dem Bereich **Wissenschaft und Forschung** sehen Handlungsbedarf in der Anpassung von Bildungskonzepten um die Kreativkomponente der Forschung hervorzuheben. Damit könnte das Potential von OGD in Bildung und Forschung besser umgesetzt werden.

Die Zielgruppe der **JournalistInnen** zeigten sich ähnlich der Zielgruppe der BürgerInnen dem sozio-politischen Auftrag von OGD verpflichtet und ist besonders an politisch brisanten Daten interessiert. Interessante Daten mit journalistischem Mehrwert wurden bisher aber noch nicht freigegeben. Das Interesse von JournalistInnen für offene Daten hängt somit weitgehend von der Art der zur Verfügung gestellten Daten ab. Investigativ-analytischer Journalismus auf Basis offener Daten, wie er beispielsweise durch den Guardian bekannt wurde und betrieben wird<sup>1</sup>, findet noch nicht in größerem Ausmaß statt. Die InterviewpartnerInnen geben als einen Grund dafür fehlendes notwendiges Wissen in den Disziplinen Visualisierung, Informatik, Statistik und Software Engineering an.

---

<sup>1</sup> [www.guardian.co.uk/data](http://www.guardian.co.uk/data)

## I.4 Kostenlose und kostenpflichtige Veröffentlichung von Daten

Nachdem an OGD beteiligte Dienststellen durch das Fehlen einer projektbezogenen Zeiterfassung keine gesicherten Aussagen zum Aufwand der OGD-Umsetzung geben können, ist eine Auswertung der Personalkosten nicht beziehungsweise nur eingeschränkt möglich. Die befragten Dienststellen der Hoheitsverwaltung stimmen aber überwiegend darüber ein, dass

- Open Government-Datensätze kostenfrei abgegeben werden sollen, da die Vorteile die Verdienstverluste überwiegen aber
- die (Re)finanzierungsmodelle überarbeitet gehören, da das bestehende Modell einerseits eine Verminderung der Einnahmen durch kostenfreie Abgabe von zuvor kostenpflichtigen Daten bedeutet, andererseits über interne Kostenumlagen an die IT-Abteilung (MA 14) als OGD-Serviceanbieter pro veröffentlichten Datensatz eine Servicepauschale zu entrichten ist.

## I.5 Der Wertbeitrag von OGD zum Public Value

OGD bringt den Mehrwert einer guten internationalen Positionierung durch ein modernes Erscheinungsbild. Das öffentliche Image wird durch bessere Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns, höhere Transparenz der staatlichen Organisationen und höhere Qualität, Effizienz und Effektivität geprägt. Dass sich OGD auf dieses öffentliche Image auswirkt, wurde auch von den Befragten dieser Studie weitgehend bestätigt.

Geopolitisch sind demokratische, transparente und kulturoffene Staaten für Migrationsbewegungen attraktiver und erhöhen damit das Potential für Kreativität durch Diversifikation. OGD als Teil einer Open Government-Bewegung, die sich für Demokratisierung und Transparenz einsetzt, zieht wichtige Ressourcen wie talentierte Personen, UnternehmerInnen und Investitionen an und wird daher zukünftig zu einem wichtigen Standortfaktor in der globalisierten Weltwirtschaft werden.

Viele und breite Informationen für BürgerInnen als WählerInnen führen zur Schärfung unterschiedlicher Sichtweisen und Interpretationsmöglichkeiten. Eine verstärkte Partizipation passiert auf der Grundlage von Interesse an einer Materie und einer entsprechenden Motivation der BürgerInnen, diese Thematiken mitzugestalten. Hier wird im Open Government-Kontext oft prognostiziert, dass durch transparentere Prozesse das Interesse an bestimmten Themen gesteigert bzw. neu entfacht werden kann. Transparenz auf globaler Ebene schafft wiederum neue Grundlagen für innerstaatliche Solidarität.

Ausschlaggebend ist in diesem Zusammenhang die Fähigkeit von BürgerInnen, Quellenkritik üben zu können bzw. Quellen richtig einzuschätzen. Dies ermöglicht idealerweise eine auf Fakten beruhende politische Partizipation, die sich positiv auf die Akzeptanz von möglichen Maßnahmen auswirken könnte. OGD kann somit zu einer Festigung und Legitimierung der von der Politik zu verantwortenden Entscheidungen beitragen. Die größere Gestaltungsmacht der Intermediäre würde dann eine Demokratisierung bewirken.

BürgerInnen erfahren durch das Offenlegen von für sie relevanten Daten in Kombination mit offenen Verwaltungsstrukturen eine Handlungsermächtigung und mehr Kontrollmöglichkeiten in Richtung Verwaltung und Politik, was zu mehr öffentlicher Verantwortung und MitträgerInnenschaft führen kann. Weiters würden durch entsprechend transparente Prozesse und die damit verbundene Kontrollmöglichkeit Korruption erschwert und der

verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern unterstützt. BürgerInnen können beispielsweise auch in Grundsatzdiskussionen, wie einer über die Verwendung von Steuermitteln, eingebunden werden.

In wirtschaftlicher Hinsicht werden neue Geschäftsmodelle erwartet, die ganz oder teilweise auf Veredelung von OGD aufbauen oder OGD als zusätzliche Ressource für bestehende Wirtschaftsmodelle nutzen. Diese Modelle werden im Bereich der Datenanalyse, -verarbeitung –visualisierung und –integration vermutet<sup>2</sup>. Öffentlicher Mehrwert entsteht demnach direkt mittels höherer Steuereinnahmen, die durch Umverteilung der Allgemeinheit zukommen. Indirekter Mehrwert wird durch besser auf Zielgruppen abgestimmte Produkte und Services geschaffen, da die Öffentlichkeit nur jene Projekte realisiert, die sich für sie Nutzen stiftend darstellen bzw. im Falle der Wirtschaft, ein Absatzpotential generieren.

Um OGD gewinnbringend einzusetzen, ist eine aktive, zukunfts- und lösungsorientierte Grundhaltung notwendig, anstatt reaktiv Probleme zu beheben. OGD wirkt dadurch anregend auf das Kreativvermögen der Wirtschaftstreibenden. In diesem Zusammenhang ist unterdurchschnittliche Innovationsbereitschaft durch mangelnde Kreativität eine Kernkritik der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der Europäischen Kommission (The Gallup Organization, 2009, p. 11).

OGD als zusätzliche freie Ressource erhöht unter bestimmten Bedingungen das Innovationspotential und stellt eine Erleichterung für Start-Ups dar, indem das Erstfinanzierungsrisiko gesenkt wird. OGD leistet so einen Beitrag zu mehr Wachstum und zum Erhalt von Arbeitsplätzen.

Die tendenziell hohe Qualität von OGD (Sorgfaltspflicht) bietet Wissenschaft und Forschung eine gute Ausgangsbasis für faktisch fundierte Studien und Folgenabschätzungen. Wissenschaft und Forschung sind eine Quelle von Innovation, sie geben häufig den Anstoß für weitere Vermarktungskonzepte und erhöhen dadurch die wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit.

Öffentlicher Mehrwert wird nicht nur durch die Wirtschaftstreibenden geschaffen. Höhere Effizienz im Bereich der behördlichen Selbstverwaltung führt zu gesamtökonomischen Einsparungen. OGD wird mittel- bis langfristig in der Verwaltung nur durch intensivere Zusammenarbeit der Verwaltungsabteilungen etabliert werden können – ermöglicht durch eine stärkere Vernetzung von Abteilungen, Referaten und Dienststellen durch IKT-gestütztes Informationsmanagement. Die Kombination verschiedener heterogener Datenquellen führt dann zu neuen Erkenntnissen, die vorher aufgrund unterschiedlicher Kompetenzverteilungen nicht möglich gewesen wären. Die Organisationsmaturität und die Qualität des Informationsmanagements in Behörden können gesteigert werden und mittelfristig zu besseren Behördenleistungen bei gleichzeitigen Kosteneinsparungen führen.

Auch die organisatorische Berücksichtigung der von BenutzerInnen gemeldeten Datenfehler erfordert eine verstärkte informationstechnologische Unterstützung und Zusammenarbeit. Korrekte Daten sind außerdem die Grundlage besserer gesellschaftspolitischer Entscheidungen.

---

<sup>2</sup> Einer der Befragten verzeichnete 5% Umsatzzuwachs seit der Verfügbarkeit Österreichischer Open Government Daten

## I.6 Gender-Aspekte von OGD

Die Ergebnisse im Rahmen der vorliegenden Studie legen eine gesonderte Berücksichtigung von Genderaspekten auf mehreren Ebenen nahe. Einerseits zeigen die TeilnehmerInnen-Zahlen an der Befragung bereits deutlich, dass nur wenige Frauen mit dem Thema in seiner aktuellen Form etwas anfangen können, andererseits werden auch nur wenige Frauen, die mit OGD bereits zu tun haben, sichtbar. Die Gründe dafür reichen laut der Rückmeldungen im Rahmen der Befragungen von nur langfristig änderbaren Hintergründen wie der weiterhin zu wenig stattfindenden Förderung von Mädchen im technischen Bereich bis hin zu der Art der Aufbereitung von OGD als Thema. Dies gilt sowohl für die Gestaltung des Portals als auch für die Gestaltung und Kommunikation zu und bei Treffen und Veranstaltungen. Als relevante Stoßrichtungen um das bestehende Geschlechterungleichgewicht zu mildern wurden sowohl langfristig zu sehende Maßnahmen im Bereich der Frühförderung und Bildung angeführt als auch kurzfristige Maßnahmen genannt, die den Einsatz bereits bekannter Instrumente und Methoden des Gender Mainstreaming nahe legen. Auch die zur Verfügung gestellten Daten selbst wurden als mögliche Ursache für die geringere Teilnahme von Frauen genannt. Verstärktes Interesse wurde beispielsweise an Daten soziale Themen betreffend vermutet.

OGD wird ebenso wie IT weiterhin als sehr „techniklastiges“ Thema präsentiert und erlebt, was Zugangs- und Teilnahmemöglichkeiten für weniger technikaffine Teile der Bevölkerung erschwert. Diese Barrieren gilt es zu verringern, indem eine zielgruppenspezifische Kommunikation des Themas ebenso, wie eine Reorganisation der Plattform selbst unter Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse und Interessen unternommen wird.

Entsprechend dieser Ergebnisse finden sich Handlungsempfehlungen in mehreren Bereichen wieder, die auch als ausgleichende Maßnahmen im Sinne des Gender Mainstreaming gelten. Das betrifft den Bereich einer Ausweitung des Datenangebotes ebenso wie den Ausbau der Werkzeuge am Portal oder den Einsatz zielgruppenspezifischer Kommunikation und Bewerbung.

## II. Interpretation der Ergebnisse

Die Ergebnisse der Interviews und die Interkorrelationen mit den Strategiedokumenten der Stadt Wien sowie der Basisliteratur ermöglichte die Beantwortung der untersuchungsleitenden Fragestellungen, woraus direkt Handlungsempfehlungen abgeleitet werden können. Einige der Antworten der Stakeholdergruppen bedurften einer umfassenderen Kontextualisierung, die über die verfügbare Literatur aus dem Umfeld Open Data und Open Government hinausgeht, um zusätzliche, abgesicherte Handlungsempfehlungen herzuleiten.

**Datenangebot.** Die befragten externen Zielgruppen äußern übereinstimmend, dass

- zu wenige;
- nicht ausreichend qualitative;
- nicht vergleichbare

Daten bereitgestellt würden. Die vorhandenen Daten lassen nur punktuelle Analysen zu. Auswertungen, die einen abteilungsübergreifenden Erkenntnisgewinn bedeuten würden, sind (noch) nicht möglich. Eine Vielzahl an Daten (Daten von Messstellen, Geschäftsfall-

daten, Performance-Daten) sind die Voraussetzung für automatisierte Geschäftsfallidentifikation, bekannt als *Business Intelligence*. Einer Studie von McKinsey folgend ist die Kombination aus vielen Daten (Big Data) und offenen Daten (Open Data) der Schlüssel für enorme Effizienzsteigerung in der öffentlichen Verwaltung (Manyika et al., 2011).

**Präsentation und Usability.** Neben den Open Data bereitstellenden Systemen (intern: Data Warehouse, extern: Portal) spielt aus soziologischer Sicht die Präsentation der Daten eine entscheidende Rolle. Wie zahlreiche InterviewpartnerInnen angemerkt haben, wirkt das bestehende Datenportal der Stadt Wien technologisch zentriert und nüchtern. Visualisierungen zur schnelleren Erfassung der Daten und darüber hinausgehende Tutorials zur Verwendung von Daten und App-Erstellung würden die Zugangsbarriere senken. Die aktuelle Strategie der Datenbereitstellung bietet nur jener kleinen Elite Vorteile, die mit den Formaten, technologischen Schnittstellen und statistischen Modellen umgehen kann die zur Begreifung der Daten notwendig sind. Rohe Daten sind für die breite Öffentlichkeit nicht „offen“ und stiften keinen zusätzlichen Nutzen (Roberts, 2012). Es ist daher notwendig, Daten in einer Weise anzubieten, dass deren Aufbau, Inhalt und Vergleichbarkeit mit Datensätzen aus dem gleichen Themengebiet oder einem gänzlich anderen offensichtlich wird. Domänenspezifische Visualisierungen (Geodaten als POIs auf einer Karte, zeitreihenbasierte Daten als Zahlenstrahl, hierarchische Daten als Datenwürfel) sind dazu notwendig. Semantische Technologien, die Relationen zwischen Datensätzen oder einzelnen Entitäten beschreiben, können zur automatisierten Erstellung eines Informationsnetzwerkes zwischen Datensätzen herangezogen werden (Ding et al., 2010).

**Informationsmanagement.** Die Verbesserung der Benutzbarkeit und Senkung der Zugangsbarriere zu OGD wird allerdings nicht ausreichen, um den BenutzerInnen (=BürgerInnen) tatsächlich jene Selbstermächtigung zur Erstellung der Services zu geben, die sie benötigen. Die derzeitige Betriebsform von OGD-Portalen hat konzeptionelle Benutzbarkeitsprobleme, vor allem durch die Trennung von Daten und Metadaten und angesichts der Gefahr veralteter Links. Eine Studie der Universität Dresden, präsentiert auf der WWW2012 Konferenz (16.–10. April in Lyon, Frankreich), spricht etwa von einem „Formate-Zoo und toten Verweisen“ (format zoo and dead links). So führen nur ca. 79% Links auf data.gov.uk und data.gov zu einem erfolgreichen Download. 77% der erfolgreich aufgelösten Verweise auf data.gov und lediglich 42,2% der Links auf data.gov.uk führten zu maschinell weiterverarbeitbaren Formaten (Braunschweig, Eberius, Thiele, & Lehner, 2012).

Die Mehrzahl der bestehenden OGD-Portale fällt, wie jenes von Wien, in die Kategorie Linksammlung (Link Collection): Die Portale sammeln die Metadaten und Links auf die eigentlichen Daten. Diese Klasse von OGD-Portalen ist die am wenigsten nützliche, da hier die größten Inkonsistenzen zwischen Metadaten und Daten beobachtet wurden. Eine bessere Gruppe ist jene der *Download Catalogs*, hier werden neben den Metadaten auch die Daten selbst gehostet. Die höchste Maturitätsstufe sind jene der integrierten Datenbanken. Bei OGD-Portalen dieser Kategorie kommen Metadaten und Nutzdaten aus dem gleichen Datenverwaltungssystem (z.B. Datenbanksystem, Data Warehouse), das auch verwaltungsintern verwendet wird. Dateninkonsistenzen sind auf diesen Plattformen nicht möglich, außerdem bieten die dahinterliegenden Datenverwaltungssysteme mächtige Funktionen zur Filterung und Suche. Auch die Daten selbst weisen den höchsten Konsistenzgrad auf (Braunschweig et al., 2012, p. 4).

Die von den StudienautorInnen identifizierten Probleme treffen nicht für das OGD-Portal der Stadt Wien zu – einerseits gibt es eine klare Definition, welche Formate OGD-

tauglich sind (Habernig et al., 2012, p. 26), andererseits kann vermutet werden, dass das Wiener OGD-Portal noch nicht lange genug online ist und daher (noch) keine toten Verweise hat (Data.gov ging 2009 online, data.gov.uk im Jänner 2010).

Inhomogene Daten und fehlende, lückenhafte oder qualitative schlechte Metadatenbeschreibungen sind ein großes Problem der Verwaltung. Ein Versuch der UK Wahlbehörden zum Abgleich von Daten aus Pensionsregistern, Arbeitsregistern oder dem Führerscheinregister hat große Probleme des Datenabgleichs verdeutlicht: Doppelte oder fehlende Einträge konnten nicht eindeutig identifiziert werden. Acht Maßnahmen wurden daraufhin beschlossen, mit dem größten Fokus auf die Standardisierung von Daten<sup>3</sup>:

*Where possible there should be greater consistency between the national datasets [...] to ensure compatibility. In particular, improved standardisation of data formats [...] would improve match rates.*

Fehlende Datenkonsistenz ist auch ein Problem des britischen OGD-Portals data.gov.uk. Unerwartete Kosten und niedrige Nutzungszahlen (Comptroller and Auditor General, 2012) haben das Cabinet Office veranlasst, die bisherige Open Data Strategie zu präzisieren und auf bestehende Kritik zu reagieren. Im Bereich der Datenqualität wird nun angestrebt, dass *öffentliche Daten von verschiedenen Abteilungen bezüglich des gleichen Themengebietes im gleichen, standardisierten Format und auf Basis der gleichen Methode veröffentlicht werden sollen* (Minister of State, 2012, p. 23).

Ähnliche und weitere Erfahrungen haben die BetreiberInnen von data.gov gemacht und in *Digital Government: Building a 21st Century Platform to Better Serve the American People* korrigierende Maßnahmen beschlossen. Eine wesentliche Erkenntnis war, dass OGD nicht ausreichend in Aktivitäten zur Mobilisierung der BürgerInnen eingebunden war (WhiteHouse.gov, 2012):

*To make the most use of our resources and “innovate with less”, we need to share more effectively, both within the government and with the public. We also need to share capacities to build the systems and processes that support our efforts, and be smart about creating new tools, applications, systems, websites and domains.*

Eine mögliche Lösung, um besser Ressourcen zu teilen (sowohl in Richtung der BürgerInnen als auch innerhalb der Verwaltung), ist die Schaffung einer Plattform. Daten (OGD oder verwaltungsinterne Daten) und Informationen sind strukturiert auf der Informationsebene. Die Plattformebene beinhaltet jene Systeme und Prozesse, die zur Verwaltung dieser Daten notwendig sind und / oder diese Daten benötigen. Das Ziel muss eine zentrale Datenverwaltung sein, worauf Plattformen durch zielgruppenorientierte Perspektiven zugreifen. Diese Vorgehensweise ist strukturell bedingt neu für die Verwaltung und kann durch diese Maßnahmen forciert werden:

- **Informationszentristischer Zugang:** Nicht das Dokument ist das zentrale Informationselement, sondern kleinere Informationseinheiten, die einzeln kommentiert, geteilt und zielgruppenspezifisch visualisiert werden können. Dazu müssen neue Werkzeuge Verwendung finden, die eine klare Trennung von Inhalt und Darstellung unterstützen.

<sup>3</sup> [www.ordnancesurvey.co.uk/oswebsite/news/2012/06/cabinet-office-calls-for-more-data-standardisation.html](http://www.ordnancesurvey.co.uk/oswebsite/news/2012/06/cabinet-office-calls-for-more-data-standardisation.html) (abgerufen am 10. Oktober 2012)

- **Geteilte Plattform:** Zusammenarbeit sorgt für ein gemeinsames Verständnis von Informationen und steigert das Bedürfnis nach Abstimmung zur konsistenten Vermittlung von Informationen. Die Plattform vereint die zugrundeliegenden Daten und ist die primäre Vermittlungsstelle für BürgerInnen und Verwaltungsbedienstete.

Für die Open Government Partnership<sup>4</sup> steht ebenfalls der Plattform-Gedanke im Vordergrund. Data.gov wird darin nicht ausschließlich als Datensilo verstanden, sondern als Plattform zur Unterstützung von Innovation. Erreicht werden soll das durch den Ausbau (die Integration?) von Community-Elementen auf data.gov. Diese Communities (angeführt werden Gesundheit, Recht, und Energie) verwenden bzw. erarbeiten domänenspezifische Visualisierungen. Durch den fokussierten aber offenen Zugang wird Innovation besser und schneller gefördert als durch die alleinige Bereitstellung von Daten am Portal (White House & Open Government Partnership, 2011, pp. 7–8).

**Schnittstellen.** Während Open Data vor allem eine öffentlichkeitswirksame Komponente hat (*das* OGD Portal), können durch einheitliche Schnittstellen, Harmonisierung von Daten und eine gemeinsame Datenhaltung Milliarden Euro eingespart werden (Manyika et al., 2011). Die Umfrage in der Stadt Wien hat deutlich gezeigt: Abteilungen, die bereits über ein informationstechnologisches Verbundsystem verfügen wie an GIS beteiligte Abteilungen, haben geringere Kosten und auch damit eine höhere Bereitschaft zur Datenveröffentlichung als jene, die über keine entsprechenden Systeme verfügen.

**Zielgruppenorientierung.** Die fehlende Orientierung an den Zielgruppen von OGP war ein weiterer Punkt des genannten Strategiepapiers. Der aktuelle Arbeitsplan zur Weiterführung von data.gov als Teil des Open Government Partnership und unter technischer Kooperation mit der indischen Verwaltung nennt explizit die EntwicklerInnen als ideologisch und technologisch verstärkt zu berücksichtigende Gemeinschaft. Die Datenbestände müssen zielgruppenspezifisch beworben und in Formaten bereitgestellt werden, die der jeweiligen Stakeholdergruppe entgegenkommen (White House & Open Government Partnership, 2011, pp. 7&8). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt der Assessmentbericht zum UK-Datenportal: „*it is not enough to simply push out data and then absent ourselves [...] we need to have a clear engagement strategy with those third parties that are often our primary data users*” (Minister of State, 2012, p. 17). Individuelle EntwicklerInnen, KMUs, F&E und große Unternehmen müssen durch stabile Beteiligungsmodelle und durch zweiseitige Kommunikationsinstrumente mit der OGP-Plattform verbunden werden. In diesem Bericht wird wiederum auf die EntwicklerInnengemeinschaft als besondere Zielgruppe verwiesen; Diese Gruppe muss erreicht werden, um neu verfügbare Datensätze anzukündigen bzw. den Plan zu neuen Datensätzen und im Gegenzug agile Methoden der IKT-Entwicklung zu lernen und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu steigern. Besonders Rücksicht genommen werden muss dabei auf die verwendeten Informationskanäle der jeweiligen Zielgruppen, die im Fall der EntwicklerInnengemeinschaft durchwegs Soziale Medien sind. Diese Zielgruppe kann daher durch *richtige*<sup>5</sup> Verwendung von Social Media angesprochen werden. Für die technik-affine Zielgruppe ist eine spezielle EntwicklerInnenbeteiligungsstrategie (Developer Engagement Strategy) in Ausarbeitung, die Themen wie SLAs zwischen EntwicklerInnen und einzelnen Abteilungen enthalten wird, sowie eine strategische Position zur Stärkung von APIs der Verwaltung als Grundpfeiler für robuste und konsistente Daten.

---

<sup>4</sup> [www.opengovpartnership.org/](http://www.opengovpartnership.org/)

<sup>5</sup> Die richtige Verwendung von Social Media bedeutet vor allem authentische Kommunikation mit Einzelpersonen und schnelle Reaktionen auf Anfragen.

Die Zielgruppenorientierung könnte durch einen weiteren Schritt verbessert werden. Die Ergebnisse der Interviews verdeutlichten bereits, dass es für die Stakeholder kaum von Interesse ist, welche Stelle die Daten veröffentlicht. Wünsche der Zielgruppen zu weiteren Datensätzen waren zum überwiegenden Teil losgelöst von der Möglichkeit der Bereitstellung durch die Stadt Wien. Einerseits waren bei vielen InterviewpartnerInnen zu wenig konkrete Ideen einer OD-Umsetzung vorhanden, als dass eine umfassendere Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten der Stadt Wien, welche Daten sie überhaupt durch ihre föderale Zuständigkeit anbieten kann, stattgefunden hätte. Andererseits ist die örtliche / fachliche Zuständigkeit einer Verwaltungseinheit und somit die möglichen Daten, die sie zur Verfügung stellen kann, aus Sicht der AnwenderIn / der BürgerIn irrelevant. Diese Ergebnisse wurden CIO SR DI Mittheisz präsentiert, worauf prinzipiell die Möglichkeit einer umfassenderen Kooperation angesprochen wurde. Der gegenwärtige Betriebsmodus des OGD-Portals der Stadt Wien (und jedes anderen österreichischen OGD-Portals) sieht vor, dass darauf Daten der Verwaltung mit der jeweiligen örtlichen und inhaltlichen Zuständigkeit verfügbar gemacht werden. Die BenutzerInnen interessieren zwar *Daten von Wien, ein noch größerer Mehrwert würde aber ein Portal mit Daten über Wien bieten*. Als Konsequenz würde ein Portal entstehen, auf welchem Daten der Verwaltung mit solchen der Wirtschaft und User Generated Content (z.B. von BürgerInnen) gemeinsam dargestellt werden. In Palo Alto / USA wurde beispielsweise eine Open Budget-Plattform eingerichtet<sup>6</sup>, auf der BenutzerInnen individuelle Ansichten auf für sie relevante Daten erstellen können. Die PlattformbetreiberInnen verstehen diese Funktion als Schritt weg von der Umsetzung des reinen Transparenz-Gedankens hin zu einem accessibilty-Portal. BenutzerInnengenerierte Budgetvisualisierungen können über Soziale Netzwerke mit anderen BenutzerInnen geteilt werden<sup>7</sup>. Professor Nigel Shadbolt, einer der Gründerväter der OGD-Bewegung in Großbritannien und maßgeblich an der technischen Konzeption von data.gov.uk beteiligt, geht noch weiter. Im Rahmen der *Open Data – La Conférence* am 27. September 2012 in Paris spricht Prof. Shadbolt von OGD 2.0 und versteht darunter die Möglichkeit, dass BürgerInnen ebenfalls Daten zum Portal beisteuern können<sup>8</sup>.

**Finanzierung von OGD.** Wenngleich die Wiener OGD-Initiative, wie aus dem überwiegenden Teil der Interviews der internen Abteilungen entnommen werden konnte, keine wesentlichen Kosten für die Abteilungen verursachte, gibt es Stimmen, die auf Aufwände hinweisen. Die Stadt Wien hat außerdem erst begonnen, die niedrig hängenden Früchte (low hanging fruits) zu ernten. Mit wesentlich höheren Kosten ist zu rechnen, sobald Daten veröffentlicht werden, die nicht ohnehin schon in den Abteilungen vorhanden sind und im Wesentlichen nur einer Qualitätsüberprüfung bedürften. In dem umfassenden Bericht *Implementing Transparency* des Comptroller und Auditor General wird etwa deutlich, dass für am UK Open Data Portal beteiligte Verwaltungseinheiten jährliche Kosten im Bereich von £50.000 bis £500.000 liegen, der Betrieb der Plattform (der 2012 durch das Cabinet Office übernommen wurde) beläuft sich gegenwärtig (2012) auf 2 Millionen Pfund. Open (Government) Data kostet und es ist damit zu rechnen, dass auch für Wien diese Kosten steigen werden. Bestehende Services, die Daten interpretieren zu gunsten der alleinigen Bereitstellung aufzugeben ist *nicht in jedem Fall ein sinnvoller und*

<sup>6</sup> [paloalto.delphi.us/#stackedButton/1/expenseBreakdown,2,3,Oa](http://paloalto.delphi.us/#stackedButton/1/expenseBreakdown,2,3,Oa) (abgerufen am 12. Oktober 2012)

<sup>7</sup> [www.govtech.com/budget-finance/Open-Budget-Application-Improves-Palo-Alto-Califs-Accessibility.html](http://www.govtech.com/budget-finance/Open-Budget-Application-Improves-Palo-Alto-Califs-Accessibility.html) (angerufen am 12. Oktober 2012)

<sup>8</sup> [www.opendata-laconference.com/2012/09/pr-nigel-shadbolt-ogd-20-is-the-next-step-towards-the-open-data-movement.html](http://www.opendata-laconference.com/2012/09/pr-nigel-shadbolt-ogd-20-is-the-next-step-towards-the-open-data-movement.html) (abgerufen am 12. Oktober 2012)

*gangbarer Weg*. So stellten einige der an OGD beteiligten Einheiten in Großbritannien nach Veröffentlichung ihrer Rohdaten darauf aufbauende Services unter Verweis auf die Community, die diese Dienste kreieren würde, ein<sup>9</sup>, doch diese Dienste wurden nicht geschaffen. Unter Umständen wäre dies erfolgt, wäre neben den Daten auch der Quellcode zu diesen Diensten veröffentlicht worden. Ein Service, das potentiell nutzenstiftend für eine breite Mehrheit war, ist somit nur noch für eine kleine Datenelite verfügbar.

Dennoch bleibt offen, wie Mehraufwände verursacht durch OGD finanziert werden sollen. OGD wird mehrheitlich als Infrastrukturmaßnahme aufgefasst. Eine Eigenschaft von Infrastruktur ist, dass es häufig keinen kommerziellen erfolgreichen Markt dafür gibt, die Finanzierung daher über Gemeinkosten erfolgt. OGD sollte daher in Konsequenz durch Umwidmung von Steuergeldern finanziert werden bzw. der der Öffentlichkeit zuwachsende Mehrwert rückgeführt werden. Das passiert bereits jetzt, wenn öffentliche Verkehrsmittel durch Verfügbarkeit der Daten in Anwendungen wie Qando<sup>10</sup> oder Scotty dazu führen, dass die Auslastung von Einrichtungen der Öffentlichkeit (hier: Wiener Linien) erhöht wird.

**Vom Portal zur Plattform.** Ein aktuelles Merkmal vieler OGD Initiativen ist ihre isolierte Vorgehensweise. Als Maßnahme unter der Wahrnehmungsschwelle der Politik angesiedelt, konnte die Verwaltung rasch zu Ergebnisse gelangen. Mittlerweile ist eine Umsetzungsstufe erreicht, wo entstehende Aufwände gerechtfertigt werden müssen und eine Einbettung in bestehende Strategien wie ePSI<sup>11</sup> oder Maßnahmen wie E-Konsultationen oder Bürgerhaushalte sinnvoll erscheint.

**Neue Wege in Förderprogrammen.** Die Ergebnisse der Befragungen in der Zielgruppe Wirtschaft zeigen entgegen der allgemeinen Vermutung kein überdurchschnittliches Interesse an OGD. OGD ist eine zusätzliche Datenquelle, die bei KundInnenanforderungen auf Relevanz geprüft wird. Wirtschaftstreibende haben wenig Motivation sich Gedanken zu machen, welche zusätzlichen (gewinnbringenden) Dienste und Services möglich wären, sondern sehen OGD als zusätzliche Quelle, die bei KundInnenanforderungen evaluiert wird.

Diese Haltung ist das Ergebnis einer reaktiven Grundstimmung und im Einklang mit der traditionellen Definition eines/einer Unternehmers/in, ausgehend von einem identifizierten Bedarf, der für die Motivation ausschlaggebend ist, ein Problem zu beheben. Weitere Merkmale des/der Unternehmers/in sind:

1. Entdecken von Chancen, dazu gehört das systematische Generieren von Geschäftsideen, diese zu bewerten und auszuwählen;
2. Durchsetzen von Innovationen durch Implementierung von Geschäftsideen in Modellen und Prototypen mit dem Ziel der Vermarktung;
3. Erschließung und Nutzung von Ressourcen zur Umsetzung der Geschäftsideen;
4. Tragen von Risiko bei der Umsetzung von Geschäftsideen, ein/e UnternehmerIn muss bereit sein, die Risiken für sein unternehmerisches Handeln abzuschätzen und zu übernehmen

---

<sup>9</sup> Z.B. **National Indicator Set, Place Survey, OnePlace** website

<sup>10</sup> [www.qando.at/site/de/home.htm](http://www.qando.at/site/de/home.htm)

<sup>11</sup> [epsiplatform.eu/](http://epsiplatform.eu/)

Für die Befragten aus dem Bereich der Wirtschaft ist OGD vor allem für den dritten Punkt als zusätzliche Ressource bei der Umsetzung von KundInnenanforderungen interessant und entspricht damit dem Verständnis, dass Daten das Öl des 21. Jahrhunderts sind<sup>12</sup>:

*“Data is just like crude. It’s valuable, but if unrefined it cannot really be used. It has to be changed into gas, plastic, chemicals, etc., to create a valuable entity that drives profitable activity; so must data be broken down, analyzed for it to have value.”*

Anwendungen von neuen Modellen wirtschaftlichen Handelns und im konkreten Fall von OGD als Anwendung der Informations- und Kreativökonomie, entstehen in einer selbstverstärkenden Spiralbewegung umso schneller, je mehr erfolgreiche VorreiterInnen vorhanden sind, die als Beispiel zur Vermeidung von Risiken dienen. Risikofreudiges Verhalten ist in der europäischen Unternehmenslandschaft weniger stark ausgeprägt als beispielsweise in den USA. In Europa geben 65% der Bevölkerung an, unternehmerisches Risiko eingehen zu wollen, während in den USA 82% der Bevölkerung dazu bereit sind (The Gallup Organization, 2009, p. 11).

Die reservierte Haltung der österreichischen Wirtschaft zum Thema OGD kann auf diese Gründe zurückgeführt werden:

1. In Österreich gibt es keine wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmen, deren Unternehmensgegenstand auf ein Betriebsmodell auf der Basis von OGD aufsetzt oder die einen Großteil ihres Gewinnes mittels OGD erwirtschaften und anderen Unternehmen als Vorbild dienen könnten.
2. Das Thema OGD ist in Bezug auf die aufgezeigten Potentiale noch nicht im ausreichenden Maß angekommen, um als wichtiger Treiber des 21. Jahrhunderts wahrgenommen zu werden. Nur einer der Befragten nennt OGD als Potential für *Business Intelligence*, wie es vom McKinsey Global Institute prognostiziert wird (Manyika et al., 2011).
3. Die vom Lissabon-Prozess geforderte Integration des Ausbildungsfaches „Unternehmertum“ in die schulische Ausbildung hat nicht stattgefunden, was mit der Hoffnung auf Erhöhung der Selbsterwerbsquote verknüpft gewesen wäre (NIRAS, FORA, & ECON Pöyry, 2008, pp. 6–7).
4. Die Forschungs- und Förderungskultur Österreichs ist im Bereich der Ausgründung von Unternehmen aus dem universitären Bereich unterentwickelt (Clarysse, Wright, & Van de Velde, 2011), was auf unterschiedliche IP-Regulative zurückzuführen ist (Van Burg, 2010), die die kommerzielle Rechteverwertung nach Austritt aus der Universität wettbewerbshinderlich beschränken.
5. Das Prinzip von Business Angels ist wenig etabliert und in Europa steht wesentlich weniger Geld zur Unternehmensförderung zur Verfügung, als es in den USA der Fall ist (GrowthPlus, n.d.).

Österreichische UnternehmerInnen dürften auf Grund ihrer Risikoaversion nur langsam auf dieses neue Marktpotential reagieren. Der Übergang von einem techno-ökonomischen Paradigma zum nächsten erfolgt zudem nicht konfliktfrei, Schumpeter sprach von der „kreativen Zerstörung“, welche die Einführung eines neuen Paradigmas begleitet (Schumpeter, 1972). Gesellschaftliche Vorreitergruppen, sogenannte Avantgarden, zu

<sup>12</sup> [www.forbes.com/sites/perryrotella/2012/04/02/is-data-the-new-oil/](http://www.forbes.com/sites/perryrotella/2012/04/02/is-data-the-new-oil/)

denen ErfinderInnen, Ingenieure und Ingenieurinnen, Risikokapitalfirmen aber auch KünstlerInnen und PolitikerInnen zählen, erkennen als erste das Innovationspotential der neuen Technologie/n.

**Adaption von Aus- und Weiterbildung.** Eine wichtige Aussage aus dem Bereich Wissenschaft und Forschung war, dass OGD-Projekte dann angegangen werden, wenn der Bedarf im Bereich der Lehre vorhanden ist. Ein wirtschaftliches Interesse zur Entwicklung tragfähiger Wirtschaftsmodelle wird in Österreich überwiegend nicht verfolgt.

Eine Erklärung dafür wäre, dass aktuelle Lehrpläne sich weitgehend auf die Vermittlung des „Wie?“ konzentrieren, während vielmehr die Kreativität nach der Suche nach dem „Warum?“ gefördert werden sollte. Das Mission Statement im Bereich Bildung und Generationen der Internetoffensive lautet<sup>13</sup>:

„Neben Lesen, Schreiben und Rechnen etabliert sich der Umgang mit IKT als eine weitere Kulturtechnik der Gegenwart und Zukunft in einer Informationsgesellschaft, deren Beherrschung erst den Eintritt in die Wissensgesellschaft ermöglicht.“

Dieses Mission Statement führt in Konsequenz zur Vermittlung von Fertigkeiten um Antworten auf Problemstellungen zu geben, die mit „Wie“ formuliert werden können. Die mit der IKT einhergehenden neuen Methoden und das dahinterliegende „Warum“ wird dabei wenig bis gar nicht erwähnt, was jedoch wichtig wäre, um das angesprochene Kreativpotential zu fördern.

Armin Medosch fasst in seinem 2011 erschienenen Bericht zu „Lernen in der Netzwerkgesellschaft“ die aktuellen Positionen der EU und der OECD zu IKT zusammen (Medosch, 2011, pp. 18–24). Darin schreibt er, dass dem Bereich Wissenschaft und Forschung in der Lissabon-Strategie eine tragende Rolle in der Transformation der Europäischen Gemeinschaft hin zur Wissensgesellschaft zukommt. Ein Bericht der EU-Kommission im Jahr 2010 kommt zu dem Ergebnis, dass wesentliche Ziele nicht erreicht wurden und ein neuer strategischer Rahmen für die allgemeine und berufliche Bildung notwendig wäre. Gefordert werden „kompetenzbasierte Qualifikationsrahmen“. Direkt daran gekoppelt ist eine stärkere Berücksichtigung des informellen Lernens und des kreativen Umgangs mit den neuen Technologien. Das Konzept der „digitalen Kompetenz“ rückt in den Vordergrund. 2009 veröffentlicht der Rat „Schlussfolgerungen zur Entwicklung der Bildung in einem leistungsfähigen Wissensdreieck“. Das „Wissensdreieck“ wird als möglichst reibungsloses Ineinandergreifen von Bildung, Forschung und Innovation beschrieben. Im Fortschrittsbericht 2010 für die allgemeine und berufliche Bildung wird festgestellt, dass es mit der Lehreraus- und -weiterbildung Probleme gibt. In diesem Bericht werden aber Perspektiven entwickelt, die weniger eng an wirtschaftliche Imperative gekoppelt sind und dem informellen Lernen und auch dem kritischen Denken in Bezug auf Informationstechnologien eine größere Gewichtung verleihen (Ausschuss für Bildungsfragen, 2010, pp. 6–7):

*„Der kompetenzbasierte Ansatz erfordert auch die Vermittlung von Fertigkeiten und Einstellungen, um erworbenes Wissen in geeigneter Weise anzuwenden, sowie die Entwicklung einer positiven Einstellung zu kontinuierlichem Lernen, kritischem Denken und zur Kreativität. [...] Auch bei der Vermittlung anderer bereichsübergreifender Kompetenzen – soziale Kompetenz und Bürgerkompetenz, Eigeninitiative und unternehmerische Kompe-*

---

<sup>13</sup> [www.internetoffensive.at/index.php?id=2](http://www.internetoffensive.at/index.php?id=2)

*tenz sowie Kulturbewusstsein – besteht die Herausforderung darin, über die Wissensvermittlung hinauszugehen.“*

Mit der erneuerten i2010-Strategie versuchte Europa auf die Anforderungen des Informationszeitalters zu reagieren. Im Sinn der Exzellenzstrategie wurde die Forderung nach der Schaffung von mehr „Innovationspolen“ erhoben. Dahinter steht die Cluster-Theorie, d.h. die Idee, dass Innovation nicht einfach überall stattfindet, sondern bevorzugt in „Clustern“, urbanen oder stark urbanisierten Großregionen, in denen es zu Konzentrationen von Forschung und Entwicklung (FuE), Universitäten, Finanz-, Industrie- und Handelsunternehmen kommt.

Diese Studienerkenntnisse müssen in allen Bereichen des öffentlichen Bildungssystems Einzug halten um gegen das von Prof. Keith Andrews erkannte Defizit *„unser Bildungssystem produziert Menschen, die unheimlich schnell Word tippen können, während sie sich auch Gedanken darüber machen sollten, wie man so etwas wie Word erstellt“* gegenzusteuern. Die IKT-strategische Ausrichtung Österreichs in Form der Internetoffensive sollte im Hinblick auf die Ergebnisse des Rats der Europäischen Union, dem Ausschuss für Bildungsfragen, kritisch überprüft werden.

**Interne Ausbildung.** Auf Basis einer bereits vorhandenen Fehlerkultur bezüglich der Herausgabe von fehlerhaften Daten (MA7, MA18, MA46 etc.) könnten Anreize für weitere Abteilungen kommuniziert werden, den Nutzen von Open Government Data bekannt zu machen. Hier zeigte sich durchaus ein Interesse an der Arbeit anderer Abteilungen sowie an der Optimierung der Informationsflüsse – gleichzeitig zeigte sich aber eine Zufriedenheit bezüglich der internen Kommunikation des Themas Open Government Data. Wissensaufstockung, Workshops zum Thema und allgemein zusätzliche Informationen sind beispielsweise in der MA23 oder MA7 von Interesse.

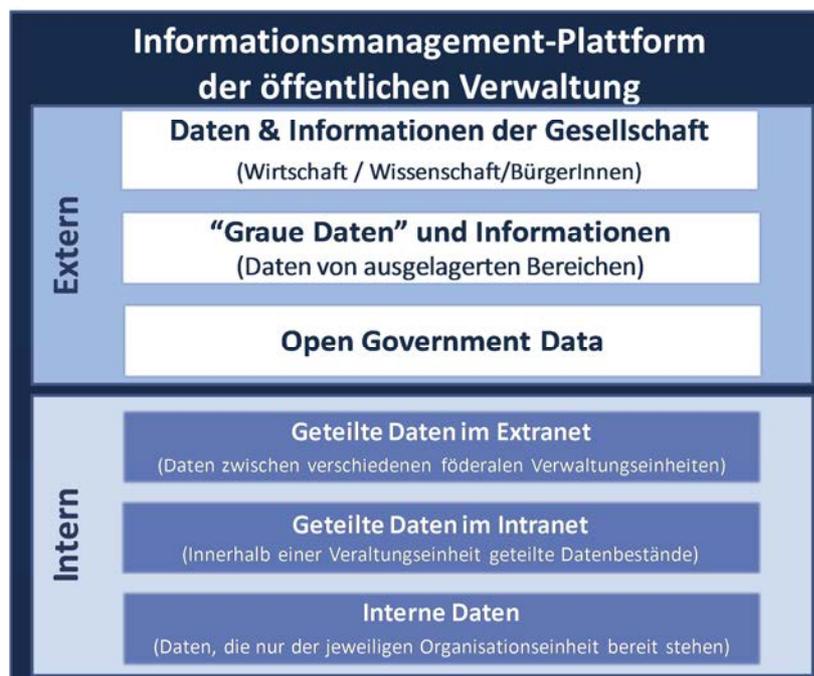
**Geteilte Informationsmanagement-Plattform zwischen Verwaltung und den Stakeholder-Gruppen.** Die OGD-Portale, wie auch jenes der Stadt Wien, hat die internen Verwaltungsstrukturen nicht nach außen gekehrt, die *Elfenbeintürme der Daten* (Fachabteilungen, föderale Einheiten) bleiben dennoch sichtbar: Semantisch gleiche Datensätze werden methodisch unterschiedlich erhoben (z.B. Zensus-Daten) oder das Portal selbst ist nicht im Sinn einer Gesamtstrategie in weitere Verwaltungsinitiativen eingebunden. Der nächste Schritt von OGD, OGD 2.0, wurde bereits durch Prof. Shadbolt angekündigt und bezieht sich auf die Möglichkeit der Öffentlichkeit, selbst Daten auf OGD-Portalen zu veröffentlichen<sup>14</sup>. Als Konsequenz wird OGD graduell durch das umfassendere OD ersetzt werden. Dazu müssen durch die Verwaltung organisatorisch-technische Maßnahmen ergriffen werden, die es externen Stakeholdern ermöglichen, direkt auf die Systeme der Verwaltung zuzugreifen, Daten abteilungsübergreifend zu verknüpfen, abzurufen, zu ergänzen und Adaptionen anzubringen. Voraussetzung dazu ist eine Harmonisierung der Daten- und Informationsbestände, ein abteilungsübergreifendes Informationsmanagementsystem und Schnittstellen (APIs), die sowohl von internen als auch externen Stakeholdern gleichermaßen angesprochen werden können. Von BenutzerInnen beigetragene Daten können in internen Anwendungen zur Erweiterung der Datenbasis beitragen oder zu Konsistenzprüfungen herangezogen werden. Als Basis für Entscheidungen können allerdings nur jene Daten dienen, die von der Verwaltung selbst und unter der Prämisse der Sorgfaltspflicht erhoben wurden.

<sup>14</sup> <http://www.opendata-laconference.com/2012/09/pr-nigel-shadbolt-ogd-20-is-the-next-step-towards-the-open-data-movement.html>

Auf externen Plattformen, wie dem OGD-Portal oder den Open Government Beteiligungsprojekten, können benutzerInnengenerierte Daten klar gekennzeichnet die autoritativen Verwaltungsdaten ergänzen. Ziel könnte eine Informationsmanagement-Plattform sein, die externes „Datenengagement“ mit interner Informationsarbeit in graduellen Intensitätsstufen miteinander verbindet.

An unterster Stufe stehen die Daten der internen Abteilungen, die aufgrund ihrer Beschaffenheit und dem definierten Arbeitsbereich nicht mit anderen Abteilungen geteilt werden müssen. Die nächste Stufe bilden jene Daten, die abteilungsübergreifend bereitgestellt werden. Hier besteht Abstimmungsbedarf auf technischer Ebene im Bereich der Spezifikation von Datenformaten sowie deren semantischer Bedeutung. Datenzugriffsmechanismen regeln die Rechte der BenutzerInnen. Die höchste verwaltungsinterne Stufe sind geteilte Daten im Extranet: Auf dieser Ebene werden Daten innerhalb der Verwaltung, aber zwischen unterschiedlichen föderalen Einheiten geteilt.

Die erste externe Ebene bildet OGD. Sie stellt eine Sicht auf ausgewählte, autoritative Verwaltungsdaten dar. Daten und Metadaten bilden eine Einheit, Aktualität, Konsistenz und Zugriffsrechte der Daten werden unter anderem durch APIs gesichert. Daran schließen sich ausgelagerte Bereiche an, die gesetzlich übertragende Zuständigkeiten im privatrechtlichen Bereich wahrnehmen. In diesen Bereichen sind durch Privatisierungen und lease-back Modelle viele wertvolle Daten und Informationen angesiedelt, die - auch durch rechtliche Legitimation - in Teilbereichen einer Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten. Die oberste Stufe bilden benutzerInnengenerierte Daten und Informationen, wie sie im Rahmen von Beteiligungsprozessen oder als Annotationen zu Daten auf OGD-Portalen entstehen.



Geteilte Informationsmanagement-Plattform zwischen Verwaltung und den Stakeholder-Gruppen

**Rechtliche Legitimation von OGD.** Für OGD in Österreich bleibt in Bezug auf den Aspekt der Nachhaltigkeit ein entscheidender Punkt offen: Die rechtliche Legitimation. Während beispielsweise in Ländern mit Informationsfreiheitsgesetzen OGD als *right to access* und PSI als *right to re-use* eingestuft wird, kann diese Qualifikation nicht für Ös-

terreich gelten: OGD besitzt in Österreich keine rechtliche Verankerung abseits von Materiengesetzen. Die in den OGD-Prinzipien geforderte Dauerhaftigkeit<sup>15</sup> kann aus rechtlicher Sicht nicht gewährleistet werden. Eine rechtliche Verankerung wäre zudem aus Gründen der Rechtssicherheit für die DatenbereitstellerInnen und die DatennutzerInnen von Vorteil. Zudem lässt sich die Festlegung mit der Rückbeziehbarkeit der Daten und den damit einhergehenden Fragen der Haftung und Qualitätssicherung begründen (Klessmann, Sönke, Denker, & Schieferdecker, 2012, p. 88).

**Harmonisierung der OGD Diskussion.** Die Isolierung des Themas OGD im Vergleich zu anderen Verwaltungsagenden wird auch in der losgelösten Diskussion um ePSI, INSPIRE und OGD offensichtlich. Während ePSI und INSPIRE auf bestehende rechtliche Regelwerke verweisen können, ist OGD in diesen Arbeitskreisen nur ein Randthema. Dabei ist die thematische und inhaltliche Überschneidung deutlich. In *The influence of the PSI directive on open government data: an overview of recent developments* beschreibt Katleen Janssen von der Universität Kuleuven / Belgien die thematische Überschneidung sowie den Ausbau zu PSI in Europa. In ihrem Bericht kommt sie zum Schluss, dass die PSI-Direktive ohne Zweifel zum Erfolg von OGD beigetragen hat, die erfolgreichsten europäische Initiativen sich aber nicht auf PSI berufen, sondern auf gesellschaftspolitische Begriffe wie Transparenz, Innovation und Wirtschaftswachstum. PSI und OGD trennt weiters der prinzipielle Auffassungsunterschied zwischen Wiederverwendung (PSI: re-use) und Verfügbarkeit (OGD: access). Die Europäische Union unterscheidet aus rechtlichen Gründen die Diskussion zwischen PSI und OGD (das Recht auf Verfügbarkeit ist nationalstaatlich und souverän zu entscheiden), empfiehlt aber eine gemeinsame Diskussion des Themas, da es in der verwaltungstechnischen Arbeit unpraktisch und aufwändig wäre zwischen einer Anfrage bezüglich Daten aus dem PSI-Titel oder einem Informationsfreiheitsrecht zu unterscheiden<sup>16</sup>. Als Gegenargument führt sie allerdings an, dass bei gemeinsamer Diskussion und restriktiver PSI-Auslegung OGD als Teil einer Strategie, die auf Offenheit und Miteinander aufbaut, auch negative Auswirkungen haben könnte (Janssen, 2011, pp. 14–15).

Für die Stadt Wien ist OGD keine singuläre Maßnahme, sondern Teil der umfassenderen Open Government-Strategie. Dennoch wird das neue Instrument Open Government Data als Tribut an die Öffentlichkeit aufgefasst und nicht im ausreichenden Maaß für interne Projekte oder zur Begleitung strategischer Projekte mit Öffentlichkeitswirksamkeit genutzt. Die Charta Wien<sup>17</sup> als Open Government Initiativprojekt mit starkem politischen Backup hätte beispielweise die OGD-Plattform ausgezeichnet zur Diskussionsbegleitung verwenden können um jene Datensätze zu veröffentlichen, die eine faktische Basis zur Diskussion auf der Webseite der Charta bildeten.

<sup>15</sup> [reference.e-government.gv.at/uploads/media/OGD-1-1-0\\_20120730.pdf](https://reference.e-government.gv.at/uploads/media/OGD-1-1-0_20120730.pdf): [...] von der Verwaltung veröffentlichte Informationen sind umfassend mit Metadaten dokumentiert und über lange Zeit hinweg zu finden

<sup>16</sup> Katleen Janssen hat hier ganz klar UK mit dem geltenden Informationsfreiheitsgesetz im FOKUS

<sup>17</sup> [charta.wien.gv.at/](https://charta.wien.gv.at/); Die WienerInnen erarbeiten dabei in einem kollaborativen Prozess jene Themen, die für sie zum Leben und Zusammenleben in Wien von Relevanz und Interesse sind.

### III. Handlungsempfehlungen zur Umsetzung von OGD

Aus den erlangten Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung wurden 15 Handlungsempfehlungen in drei größeren Themenbereichen entwickelt: Handlungsempfehlungen, die

1. die technisch-operative Ebene der Stadt Wien betreffen;
2. sich primär an die politische Ebene von Wien orientieren; und
3. die Diskussion und Abstimmung auf österreichischer Ebene erfordern.

Innerhalb der technisch-operativen Handlungsempfehlungen kann zwischen Maßnahmen unterschieden werden, die eine ausschließliche Auswirkung auf interne Abläufe haben und solche mit überwiegender Wirkung nach außen.

### Wirkungsebene der Handlungsempfehlungen

	technisch - operativ	politische Ebene (Wien)	politische Ebene (Wien und Österreich)
<b>intern</b>	1. Umsetzung von abteilungsübergreifendem Informationsmanagement durch gemeinsamen Datenbus 2. Daten-Harmonisierung und Vergleichbarkeit von OGD 3. Entwicklung von OGD-tauglichen, internen Refinanzierungsmodellen	8. Ausbau des OGD-Portals zur Open Government-Plattform	11. Rechtliche Adaptionen zur Förderung von OGD 12. Zusammenführung der Diskussionsstränge zu PSI und OGD
<b>extern</b>	4. Ausweitung des Datenangebotes 5. Bereitstellung von Werkzeugen am OGD Portal 6. Zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit und Applikations-Initiativen	9. Maßnahmen zur Verringerung des Geschlechterungleichgewichtes 10. Förderungen im Kreativbereich nach Seedfunding-Modellen	13. Etablierung von CC-BY als das Standardmodell öffentlicher Förderungen 14. Adaption von Aus- und Weiterbildungsprogrammen 15. Föderales Informationsmanagement mit Einbindung externer Datenquellen und Stakeholder.
<b>intern / extern</b>	7. Anwendungsschnittstellen zur internen und externen Kommunikation		

Wirkungsebene der Handlungsempfehlungen

	technisch - operativ	politische Ebene (Wien)	politische Ebene (Wien und Österreich)
<b>intern</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Umsetzung von abteilungsübergreifendem Informationsmanagement durch gemeinsamen Datenbus</li> <li>2. Daten-Harmonisierung und Vergleichbarkeit von OGD</li> <li>3. Entwicklung von OGD-tauglichen, internen Refinanzierungsmodellen</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>8. Ausbau des OGD-Portals zur Open Government-Plattform</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>11. Rechtliche Adaptionen zur Förderung von OGD</li> <li>12. Zusammenführung der Diskussionsstränge zu PSI und OGD</li> </ol>
<b>extern</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li>4. Ausweitung des Datenangebotes</li> <li>5. Bereitstellung von Werkzeugen am OGD Portal</li> <li>6. Zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit und Applikations-Initiativen</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>9. Maßnahmen zur Verringerung des Geschlechterungleichgewichtes</li> <li>10. Förderungen im Kreativbereich nach Seedfunding-Modellen</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>13. Etablierung von CC-BY als das Standardmodell öffentlicher Förderungen</li> <li>14. Adaption von Aus- und Weiterbildungsprogrammen</li> <li>15. Föderales Informationsmanagement mit Einbindung externer Datenquellen und Stakeholder.</li> </ol>
<b>intern / extern</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li>7. Anwendungsschnittstellen zur internen und externen Kommunikation</li> </ol>		

## **Empfehlung 1: Umsetzung von abteilungsübergreifendem Informationsmanagement durch gemeinsamen Datenbus**

---

Die Ergebnisse der Befragung der internen Abteilungen haben gezeigt, dass ein bestehendes, abteilungsübergreifendes und in das Portal integrierbares System, wie es das GIS-Service darstellt, wesentlich weniger Aufwände in der Datenbereitstellung verursacht und die Bereitschaft zur Öffnung weiterer Datensätze erhöht. Ein hoch priorisiertes Ziel sollte daher die Errichtung eines internen, abteilungsübergreifenden Informationsmanagementsystems sein. Diese Empfehlung wird gestützt durch die Aussage, wonach MitarbeiterInnen Daten anderer Dienststellen am externen Portal aufrufen, da es verhältnismäßig einfacher wäre und schneller ginge so an benötigte Daten zu gelangen, als durch Beauftragung über den Dienstweg. Das Datenportal sollte einen darunterliegenden Datenbus visualisieren. Der Datenbus ist ein generisches Repository, in das Daten in beliebiger Struktur abgelegt werden können und Sichten (Views) die Rechte auf den Zugriff regeln.

Ausgangspunkt eines entsprechenden Projekts wäre die Bildung von Prozesslandkarten, die den Verlauf von Formularen und Verfahren durch die Abteilungen der Stadt Wien visualisieren und damit letztendlich auch die an gemeinsamen Datenbeständen arbeitenden Abteilungen darstellt. Bestehende Systeme wie der ELAK oder die Fabasoft Folio Cloud sollten in den Datenbus integriert werden. Bei Anschaffung von neuen Software-Individuallösungen muss vermehrt auf Kompatibilität und die Integrationsmöglichkeit in Informationsmanagementsysteme, somit die Anbindung an diesen Bus geachtet werden, was durch APIs und der Datenexportmöglichkeit, beispielsweise als XML, und definierten Schematas weitestgehend gewährleistet werden kann.

Eine Konsequenz eines integrierten Datenmanagements wäre, dass Beschreibungsdaten (Metadaten) rasch definiert und somit als eine Einheit betrachtet werden können. Die gegenwärtig manuelle Erfassung der Metadaten für das OGD-Portal der Stadt Wien über Excel-Tabellenblätter ist fehleranfällig und erfolgt getrennt von den eigentlichen Nutzdaten. Nur wenn die Metadaten in demselben System verwaltet werden, wie die Daten selbst, kann ein einheitlicher, elektronischer Prozess durchgezogen werden, der Datenkonsistenz gewährleistet.

Der Datenbus würde, wie bereits im GIS-Bereich deutlich, eine schnellere Datenfreistellung ermöglichen und zusätzlich die Möglichkeit zu zentralen Performance-Messungen und Verbesserungen der Prozesse durch übergreifendes Prozesscontrolling und datengetriebene Business Intelligence bieten. Eine McKinsey Big-Data Studie aus 2011 kommt in diesem Zusammenhang zum Ergebnis, dass durch eine effektivere Verwendung von bestehenden Daten innerhalb der Verwaltung in Europa ein Wert von 250 Mrd. \$ geschöpft werden könnte.

## **Empfehlung 2: Daten-Harmonisierung und Vergleichbarkeit von OGD**

---

In der Befragung haben sowohl Wissenschaft und Forschung als auch der Bereich der Wirtschaft übereinstimmend ausgesagt, dass die gegenwärtig am Portal der Stadt Wien angebotenen Daten nur eingeschränkt vergleichbar sind. Wesentliches Potential durch Skaleneffekte kann nicht geschöpft werden. Diese Harmonisierung der Daten kann durch organisatorische und technische Maßnahmen erfolgen. Organisatorisch kommt diese Rolle der MA 23 als inhaltlicher Clearingstelle, deren Aufgabe die Definition gemeinsamer

Datenformate und Datengruppen (z.B. einheitliche Felder zur Darstellung von Personen und Adressen sowie deren syntaktische Darstellung) ist, zu. Dieser Schritt wird mittel- bis langfristig technisch nur durch einen gemeinsamen Datenbus, an dem alle Abteilungen der Stadt Wien angeschlossen sind, umsetzbar sein.

### **Empfehlung 3: Entwicklung von OGD-tauglichen, internen Refinanzierungsmodellen**

---

Die Veröffentlichung geplanter und neuer Datenbereiche wird als Teil der OGD-Strategie top-down an die Abteilungen vermittelt. Von dieser Offenlegung können auch Daten betroffen sein, die von Dienststellen verkauft werden. Daraus resultierende fehlende Einnahmen und die mit der Öffnung verbundenen Aufwände müssen von den Abteilungen selbst getragen werden.

Problematisch ist in diesem Zusammenhang die Verrechnung interner Dienstleistungen auf Datensatzebene durch die MA 14. Die Dienststellen sind damit versucht, möglichst viele Daten in einem Datensatz unterzubringen, da die Verrechnungshöhe im Leistungsproduktkatalog unabhängig vom Datenumfang festgelegt ist. Dieses Verrechnungsmodell unterstützt nicht das Verständnis von OGD nach einer klaren örtlichen und zeitlichen Abgrenzung der Daten und führt tendenziell zu unübersichtlichen Metadatenblättern und damit einer schlechten Auffindbarkeit, was dem Nutzen von OGD abträglich ist. Die Höhe der internen Leistungsverrechnung sollte daher unabhängig von der Anzahl der bereitgestellten Datensätze sein. Alternative Verrechnungsmodalitäten wie Datenvolumen oder interne und externe Datennutzung sollten evaluiert werden.

Die Stadt Wien anerkennt in ihrer Strategie die mit der Offenlegung von OGD erwarteten gesellschaftlichen und verwaltungsinternen positiven Effekte. OGD ist eine Infrastrukturmaßnahme, die in der Anfangsphase Mehraufwände verursacht. Um allfällige Widerstände in der Dienststelle aufgrund des erhöhten Kostenaufwandes zu vermeiden, sollte die strategische Umsetzung von OGD auch in den Dienststellen mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Langfristig ist daher die Entwicklung von Refinanzierungsmodellen notwendig, die den Mehrwert von OGD für jede einzelne Dienststellen auch im finanziellen Bereich verdeutlicht – insbesondere für jene Dienststellen, für die OGD einen Mehraufwand bedeutet.

### **Empfehlung 4: Ausweitung des Datenangebotes**

---

Um Skaleneffekte zu generieren, wurden am Open Data-Portal der Stadt Wien bisher noch zu wenige Datensätze veröffentlicht. Die Wünsche der Zielgruppen hinsichtlich entsprechender Erweiterungen des Datenangebots gestalteten sich teils zwar nach unterschiedlichen Schwerpunkten, in einem Punkt waren sich die TeilnehmerInnen aller Zielgruppen allerdings einig: Um den Wert von Open Government Data erschließen zu können, braucht es mehr veröffentlichte Daten.

Viele der Befragten differenzierten in ihrem Wunsch nach weiteren Daten nicht, ob diese von der Stadt Wien bereitgestellt werden können. Dennoch sind viele Antworten auf den OGD-Auftritt der Stadt Wien übertragbar.

- Die Zielgruppe der **BürgerInnen** äußerte den Wunsch nach Daten, die im weitesten Sinne eine Kontrollmöglichkeit über die Politik ermöglichen.

- Für die Zielgruppe **Wirtschaft** wären vor allem jene Datenbestände aus Registern interessant, die als „Kronjuwelen“ gelten, wie Firmenbuch-, Grundbuch- und Gewerberegister-Daten. Diese Daten können allerdings von der Stadt Wien nicht gestellt werden. Weiters wurden Verkehrsdaten, Wetterdaten, Sensordaten und Echtzeitdaten sowie Daten zu Arbeitsmarkt und Demografie genannt.
- Die **ApplikationsentwicklerInnen** orientierten sich hauptsächlich an ihren bisherigen Erfahrungsbereichen und nannten vor allem Geodaten, Verkehrs- und mobilitätsbezogene Daten, aber auch Daten zu Landnutzung und Landwidmung sowie demografische Basisdaten.
- Die Zielgruppe **Wissenschaft und Forschung** nennt Verkehrsdaten der ÖBB, der Wiener Linien und des VOR als wichtige, zu erweiternde Datenangebote. Politisch interessante Daten wären Budgetausgaben, Parteispenden und die Offenlegung von PolitikerInnengehältern. Zur Analyse von Trends und für Szenarienauswertungen sind vor allem Daten interessant, die über einen längeren Zeitraum vorliegen.
- **JournalistInnen** betrachten sich als gesellschaftspolitisches Sprachrohr und wünschen sich in ihrer bürgerlichen Vertretungsfunktion „alle Daten, die auch für BürgerInnen interessant sind“. Das sind aus Sicht der Zielgruppe Kriminalitätsdaten, Daten aus dem Budget- und Forschungsbereich, Daten zu Geldströmen, zu Gesundheit und Energieverbrauch, Verkehrsdaten und Daten aus dem Bildungsbereich.

Im Sinne ausgleichender Maßnahmen zum Geschlechterungleichgewicht wurde von den InterviewpartnerInnen in den externen Zielgruppen speziell die Berücksichtigung von Interessen von Frauen empfohlen. Dieses Interesse wurde beispielsweise im Bereich sozialer Daten vermutet.

Abschließend empfehlen wir die Themenfokussierung zukünftig zu verstärken und konkrete Themen für einen vordefinierten Zeitraum vorzugeben, beispielsweise CO2 reduzierende Routenplanung in der Stadt Wien und Umland. Dazu empfehlen wir externe PartnerInnen zu gewinnen, die dazu Daten aus ihrem Bereich beisteuern (vergleiche auch Empfehlung 8: „Ausbau des OGD-Portals zur Open Government-Plattform“ und Empfehlung 15: „Föderales Informationsmanagement mit Einbindung externer Datenquellen und Stakeholder“).

### **Empfehlung 5: Bereitstellung von Werkzeugen am OGD Portal**

---

Aktuell werden am Wiener OGD-Portal Daten angeboten, aber keine weiteren Werkzeuge, um diese Daten direkt am Portal bearbeiten zu können. Dieser nächste Schritt ist notwendig um die Daten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen - zurzeit nutzen nur EntwicklerInnen Daten. Sie sind die neuen Intermediäre zwischen den offenen Verwaltungsdaten und den EndanwenderInnen. Um den NutzerInnenkreis zu vergrößern schlagen wir folgenden Maßnahmen und Werkzeuge vor:

- Der gegenwärtige OGD-Portalzugang ist überaus technikzentriert, Begriffe wie CSV und XML können Interessierte abschrecken. Datensätze als Download sind zu wenig. Bereits einfache Screenshots, die beispielsweise durch Bewegen der Maus über den Downloadlink einen ersten Einblick zur Struktur geben, könnten hilfreich sein, bestehende Ungleichgewichte in Bezug auf die Möglichkeiten einer Nutzung für unterschiedliche InteressentInnen zu verringern.

- Diese Kurzdarstellung könnte mit domänenspezifischen Visualisierungen und Werkzeugen erweitert werden, indem immer wiederkehrende Dateneigenschaften durch einen geeigneten Explorer visuell aufbereitet werden: OGD GIS-Daten werden im Stadtplan visualisiert, Einkommensverteilung mit statistischen Methoden, Umweltdaten durch entsprechend geeignete Darstellungen. Voraussetzung dazu wäre die abteilungsübergreifende Erarbeitung einer gemeinsamen Datenbasis mit einheitlicher Syntax und Semantik. Die Werkzeuge müssen dabei so niederschwellige sein, dass ohne weitere Expertise dieser spielerische Zugang zur Nutzung der Daten ermöglicht wird.
- Das Portal sollte ein exploratives Finden an Daten unterstützen. Dazu wäre es mittel- bis langfristig notwendig, Beziehungen zwischen Datensätzen aufzubauen um Ergebnisse wie „Diese Datensätze könnten Sie ebenfalls interessieren“ zu ermöglichen. Zwar kann eine beabsichtigte Datennutzung nicht vorhergesehen werden, Beziehungen zwischen Datensätzen helfen aber Open Data EntwicklerInnen, schneller zu potentiellen Anwendungsfällen zu gelangen. Datenzusammenhänge werden offensichtlich, auch wenn gegenwärtig keine direkte Vergleichbarkeit (durch unterschiedliche Erhebungsmethoden oder Darstellungen) möglich ist.

Weitere Maßnahmen zur Erweiterung des NutzerInnenkreises finden sich in der Empfehlung 6: „Zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit und Applikations-Initiativen“ und Empfehlung 15: „Adaption von Aus- und Weiterbildungsprogrammen“. Für die Zielgruppe der App-EntwicklerInnen würden sich folgende Maßnahmen anbieten:

- Zur Ansprache der App-EntwicklerInnen wäre ein „wie wird’s gemacht“-Bereich nützlich, in dem exemplarisch anhand einer Anwendung die Datennutzung, der Umgang mit Fehlern in Daten und die verwendeten Werkzeuge zur Realisierung zusammengestellt werden. Die Präsentation sollte die Umsetzung von der Idee bis zur Implementierung z.B. als Android-App oder Amazon Cloud-Service begleiten. Die Bereitstellung dieses Materials sollte auf bestehenden Entwicklungsplattformen wie Youtube, Github, Gist und Pastie erfolgen, anstatt diese Funktionalität in das eigene Portal zu integrieren.
- Die bestehende Rückkanalfähigkeit sollte wesentlich ausgebaut werden. Im organisatorischen Bereich sollte jedes Metadatenblatt die Möglichkeit bieten, ein Fehlerticket oder Request-Ticket zu eröffnen, dass die meldende Person direkt mit der inhaltlich zuständigen Abteilung in Verbindung setzt und die Verfolgung der Bearbeitung transparent darstellt.
- In einem weiteren Schritt könnte das Portal durch Bereitstellung eines „Playgrounds“ zur Entwicklungsplattform erweitert werden. In einem geschützten „Sandbox-Bereich“ des OGD-Portals könnte Rechenleistung bereitgestellt werden, in dem online und nach Registrierung ein auf die jeweiligen Daten aufbauendes Service durch externe EntwicklerInnen erstellt werden kann. Die Ergebnisse dieser Umsetzung könnten direkt von der Verwaltung genutzt werden, da die Lösung bereits im IT-System der Stadt Wien laufen würde, anstatt in einem Bereich, der gänzlich außerhalb der Monitoring-Möglichkeiten liegt.

### **Empfehlung 6: Zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit und Applikations-Initiativen**

---

Einige Zielgruppen, beispielsweise die Stakeholdergruppe Wissenschaft und Forschung, wurden über die bestehenden Informationskanäle der Stadt Wien zum OGD-Angebot

kaum erreicht. Die Notwendigkeit einer zielgruppenspezifischen Ansprache und Vermittlung des Themas wird im Bericht des Controller and Auditor General als wesentliches fehlendes Element der Strategieumsetzung genannt. Dazu sind konzertierte Maßnahmen notwendig, die allerdings nicht allein von der MA 53 übernommen werden können. Im Interview mit einzelnen Abteilungen wurde zwar die Sinnhaftigkeit einer zielgruppenspezifischen PR-Strategie bestätigt, allerdings sehen sich die Dienststellen dafür nicht zuständig. Nachdem jede Magistratsabteilung eine/n Beauftragte(n) für Öffentlichkeitsarbeit hat, sollte die thematische, zielgruppengerechte Kontaktaufnahme durch sie/ihn erfolgen. Diese Aufgabe kann nicht sinnvoll alleine nur von der MA 53 übernommen werden.

Neben dieser prinzipiellen Aufgabenteilung gilt es, die Verfügbarkeit Sozialer Medien und die Verwendung als Kommunikationskanal für OGD durch die Abteilungen beziehungsweise einzelnen Zuständigen zu überdenken. Die Dienststellen haben zwar Zugriff auf die sozialen Medien, bis auf eine geringe Zugriffshürde für Facebook, aber es fehlt das Bewusstsein bzw. fehlen die dienstlichen Rahmenbedingungen, dass diese Kanäle auch dienstlich genutzt werden sollen. Diese Kommunikationskanäle werden seitens der ApplikationsentwicklerInnen allerdings in diesem Themenbereich intensiv genutzt. Um Scheu abzubauen und die Grundlagen der Kommunikation in Sozialen Netzwerken zu vermitteln und deren Potentiale auszuschöpfen, werden Workshops mit den Kommunikationsbeauftragten der Abteilungen durch die MA 53 oder mit externen SpezialistInnen zum Thema Soziale Medien empfohlen.

Diese zielgruppenspezifische Ansprache geht dabei über reine PR-Maßnahmen hinaus. Es wird erwartet, dass die Bereitschaft der Öffentlichkeit zur Teilnahme bei OGD-Datenwettbewerben nach dem Prinzip, möglichst viele EntwicklerInnen zur Teilnahme zu bewegen, in Zukunft immer schwieriger werden wird. Erfolgversprechender sind hier Initiativen, die ausgehend von einem Problem spezifische Zielgruppen ansprechen. Thematisch würde sich hier beispielsweise „Grünes Wien“ anbieten. Ein möglicher Wettbewerb, der Verkehrsdaten mit Umweltdaten verknüpfen könnte, unter anderem RadfahrerInnen und Öko-AktivistInnen anspricht und somit über eine klare Community mit bekannten Treibern und Kommunikationskanälen verfügt. Darüber hinaus lässt sich eine zielgruppenspezifische Kommunikation als sehr empfehlenswert ansehen, um verstärkt Frauen für das Thema OGD zu interessieren.

### **Empfehlung 7: Anwendungsschnittstellen zur internen und externen Kommunikation**

---

Anwendungsschnittstellen (APIs) ermöglichen eine fein granulierte Zugriffskontrolle auf Datenbestände und unterstützen das Datenmonitoring. Damit können jene Datenbestände identifiziert werden, die intensiver abgefragt werden und die Priorisierung der weiteren Schritte kann auch unter Berücksichtigung dieser externen Größe erfolgen. Diese API muss ein Teil des internen Datenbusses sein und interne Anwendungen, die auf diesen Datenbus zugreifen, sollten die gleiche API verwenden, wie sie auch für externe Zugriffe angeboten wird. Damit kann die Robustheit und Bedienbarkeit der Lösung gewährleistet werden.

AnbieterInnen von Softwarelösungen für den internen Gebrauch hätten zudem die Möglichkeit durch „Üben“ an der externen Schnittstelle die prinzipielle Funktionsweise zu erproben und könnten somit schneller und günstiger Services anbieten. Letztlich könnte eine einheitliche Schnittstelle nach BenutzerInnenidentifikation zum Datentransfer auch die Anreicherung und direkte Korrektur von internen Daten durch externe Stakeholder

vereinfachen. Extern angereicherte Daten könnten so sauber von den autoritativen Daten der Verwaltung abgegrenzt werden, aber dennoch ohne Medienbrüche als Informationsgrundlage in einer einheitlichen Anwendungssicht, wie dem internen Datenportal, dargestellt werden.

Die externen Schnittstellen sollten nach dem Vorbild der Metadaten Standardisierung wieder gemeinsam mit anderen OGD-Anbietern im Rahmen der Cooperation OGD Austria vorgenommen werden, damit externe EntwicklerInnen die Daten in ihren Applikationen ohne weiteren Harmonisierungsaufwand übernehmen können.

### **Empfehlung 8: Ausbau des OGD-Portals zur Open Government-Plattform**

---

Das internationale Strategiepapier zur „Open Government Partnership“ empfiehlt die Weiterentwicklung von OGD-Portalen zu Kooperationsplattformen, welche alle weiteren Open Government-Teilinitiativen unterstützen.

Open Government-Bestrebungen wie die Wiener Charta nutzen das OGD-Portal nicht, obwohl es eine gute Basis für die Diskussion bieten würde. Der interessierten Öffentlichkeit könnte man so relevante Informationen und Daten zur Verfügung stellen, um die Qualität des partizipativen Prozesses zu steigern.

Eine umfassende Integration des OGD-Portals in sämtliche Open Government Initiativen und Strategien wurde in Wien noch nicht vorgenommen, die aktuellen Beteiligungsprojekte integrieren die vorhandenen Daten nicht in ihren Diskussionsprozess bzw. setzen keinen Schwerpunkt von Veröffentlichungen von relevanten Daten zu dem jeweiligen Themenkreis. So könnten Schwerpunktthemen der Partizipation mit wirksamen Ankündigungen neuer Datensätze verbunden werden. OGD würde dann nicht das Mittel, sondern der Zweck für Open Government werden. Dementsprechend sollten alle Open Government-Bestrebungen die OGD-Plattform auch als internes Werkzeug nutzen.

Neben einer Kombination der Aktivitäten liegt die größte Herausforderung in der Etablierung einer dauerhaften Kooperation mit den externen PartnerInnen, um das größte Risiko der „Nichtnutzung“ bzw. „Mindernutzung“ der Daten zu verhindern (siehe Empfehlung 15: „Föderales Informationsmanagement mit Einbindung externer Datenquellen und Stakeholder“). In den Interviews und auch in den vorhandenen Community Treffen zeigen sich die ersten Abnützerscheinungen. Die erste Phase der Neugierde und prototypischen Umsetzung neigt sich dem Ende zu, daher gilt es, neue PartnerInnen und Vorgehensmodelle zu finden, welche die Daten in ihren Applikationen und Visualisierung verarbeiten. Dazu empfehlen wir themenzentriert vorzugehen wie auch in der Empfehlung 6: „Zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit und Applikations-Initiativen“ beschrieben und dazu die Kombination von unterschiedlichen aufeinander abgestimmten Werkzeugen, themenspezifische Wettbewerbe (siehe Empfehlung 5: „Bereitstellung von Werkzeugen am OGD Portal“), Programmierstage mit und ohne Preisgelder (Hackathons), offene, fokussierte Workshops, dauerhafte Entwicklungen wie Programmcodes für Wien, gezielte Kooperationen mit Schulen, Fachhochschulen, Universitäten und dem räumlichen Umfeld von Wien, wie Niederösterreich, Burgenland, Ungarn oder der Slowakei. Gleichzeitig gilt es auch zu überlegen, wie die Stadt Wien neben den Daten und Informationen auch weitere Inhalte zur Verfügung stellen könnte. Für die Gemeinschaft anregend wären

beispielsweise Adaptionen von verwendeten Open Source Anwendungen, die auf bestehenden Quellcodeplattformen (Github<sup>18</sup>, BitBucket<sup>19</sup>) angeboten werden könnten.

Wenn diese Aktivitäten dauerhaft durchgeführt werden, dann wird das Ziel, eine Plattform zu bieten, auf welcher wechselseitige Kooperation in wechselnden Rollen, Vernetzung und Austausch zwischen den PartnerInnen und die Aggregation von Lösungskompetenz stattfinden kann, erreicht werden.

### **Empfehlung 9: Maßnahmen zur Verringerung des Geschlechterungleichgewichtes**

---

Abseits der bereits besprochenen Aspekte in den Bereichen einer die spezifischen Interessen berücksichtigenden Ausweitung des Datenangebotes, dem Ausbau der Werkzeuge am Portal oder auch einer zielgruppenspezifischen Kommunikation lassen sich einige weitere Möglichkeiten ausmachen, dem bestehenden Geschlechterungleichgewicht entgegen zu wirken.

Als Vorschläge in diesem Sinn wurde beispielsweise die Einführung einer eigenen Kategorie für Frauen bei Applikationswettbewerben genannt oder auch eigene Ausschreibungen, die geschlechtlich gemischte Teams zur Entwicklung vorschreibt. Auch ein entsprechendes Reißverschlussystem bei der Preisvergabe wäre eine gut denkbare Maßnahme zur Förderung der Teilnahme von Frauen.

Eigene Workshops für Frauen, um sich in didaktisch ansprechender Form mit Daten an sich sowie den Möglichkeiten, die Daten bieten, auseinanderzusetzen, sind eine weitere Möglichkeit, um dem Geschlechterungleichgewicht entgegen zu wirken. Hierbei sollte besonders auf ansprechende und spielerische Zugänge geachtet werden, um die Einstiegsbarriere gering zu halten und eine größere Zielgruppe ansprechen zu können.

Das gezielte Suchen von Kooperationen mit bereits bestehenden Projekten in diesem Sinn lässt sich ebenfalls als Empfehlung anführen, genannt wurde beispielsweise „miss baltazars laboratory“, wo versucht wird, Frauen und Mädchen bei der „Aneignung von Open Source Technologien und Umsetzung kreativer Projekte“ zu unterstützen.

Bei Veranstaltungen zum Thema sollte gesondert darauf geachtet werden, dass Frauen sowohl in der Organisation, der Moderation und der Gestaltung entscheidungstragenden Rollen erhalten. Besonderer Wert sollte hierbei auf aktive Maßnahmen bei der Gestaltung von Veranstaltungen geachtet werden, die geeignet sind, Frauen gezielter anzusprechen. Eine Zusammenarbeit mit ExpertInnen beispielsweise zum Thema Gender Mainstreaming ließe sich darüber hinaus empfehlen. Auch das Thematisieren und laufende Sammeln bei Zielgruppentreffen macht Sinn, um im Weiteren eine Sensibilisierung für Ausschlussmechanismen und ein gemeinsames Interesse an aktiver Öffnung des Themas zu erzeugen.

Im Bereich der langfristigen Förderung sind besonders Bildungseinrichtungen und bestehende Projekte interessant, die bereits Maßnahmen beinhalten, um Technik als Thema auch für Mädchen interessanter zu machen und die Scheu davor zu verringern.

---

<sup>18</sup> <https://github.com/>

<sup>19</sup> <https://bitbucket.org/>

## **Empfehlung 10: Förderungen im Kreativbereich nach Seedfunding-Modellen**

---

Das ZIT (Technologieagentur der Stadt Wien) und die Wirtschaftsagentur Wien unterstützen bereits jetzt Projekte mit OGD-Schwerpunkt, allerdings zeigen die Befragten aus dem Bereich der Wirtschaft wenig Interesse an kreativem Überlegen zur Schaffung neuer Vermarktungsebenen und sowohl der Bereich aus Wissenschaft und Forschung als auch die ApplikationsentwicklerInnen verfolgen kein originäres Interesse an der Kommerzialisierung ihrer Produkte. Die bestehenden Förderprogramme sind damit für die Schaffung neuer Vermarktungskonzepte nur bedingt geeignet. Forschungsförderungsinstitutionen müssen neue Wege identifizieren, um experimentelle, techniklastige Projektideen auf wirtschaftliche Belastbarkeit zu prüfen und in der Folge deren wirtschaftlichen Vermarktung unterstützen. In Österreich haben erste Seedfunder in Kombination mit Venture Capitalists und Business Angels erfolgreich Projekte begleitet. Deren Methoden sollten verstärkt aufgegriffen werden, um auf einem gegenwärtig von einem Großteil der Zielgruppen als Technologiethema verstandenen Markt wirtschaftliche Potentiale zu identifizieren und Produkte zur Marktreife zu begleiten.

Notwendig dazu wäre eine Prüfung, inwieweit ein Mix aus öffentlicher und privater Finanzierung von OGD-Projekten von gegenseitigem Interesse sein kann. Zusätzlich empfiehlt sich, bei öffentlich finanzierten Projekten oder Vereinen die Verpflichtung zur Bereitstellung der Ergebnisse in Form von frei verfügbaren Informationen und offenen Daten in den Fördermaßnahmen festzuhalten.

Um der Gefahr einer einseitigen Nutzung und einer neuerlichen Zentrierung der Interpretationsmacht vorzubeugen, sind eigene Fördermaßnahmen für zivilgesellschaftliche Projekte zu empfehlen. Besondere Berücksichtigung sollte hierbei der Abbau von Zugangsbarrieren erfahren, um mangelnde technische Ausbildung sowie eine implizite Spiegelung bestehender gesellschaftlicher Strukturen und damit das Erhalten und Vertiefen bestehender Benachteiligungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen (siehe z.B. Gender, sozialer Status etc.) auszugleichen.

## **Empfehlung 11: Rechtliche Adaptionen zur Förderung von OGD**

---

OGD hat in Wien (und Österreich) keinen einheitlichen rechtlichen Rahmen, vielmehr sind unterschiedliche Gesetze wie das Informationsweiterverwendungsgesetz oder Umweltinformationsgesetz sowie Bestimmungen in zahlreichen Materiengesetzen zu berücksichtigen beziehungsweise müssen auf ihre OGD-Tauglichkeit überprüft werden. Das Wiener Landesstatistikgesetz nennt beispielsweise die Freigabe von statistischen Basisdaten ausschließlich in aggregierter Form, während die dazu notwendig erhobenen Einzeldaten der Geheimhaltung unterliegen. Um eine möglichst einheitliche Umsetzung und Entwicklung von OGD zu gewährleisten wäre eine normative organisatorische und technische Standardisierung nach dem Vorbild des österreichischen E-Government Gesetzes empfehlenswert. Langfristig können aber nur politische Entscheidungen auf Verfassungsebene OGD nachhaltig festigen, indem die in Europa einmalige Amtsverschwiegenheit zugunsten einer liberaleren Datenpolitik unter Wahrung des Datenschutzes adaptiert wird im Lichte der Informationsfreiheit in ihrer Wirkung reduziert wird.

Dieses Grundverständnis würde auch wesentlich dazu beitragen, die momentan singuläre Diskussion von Daten der Verwaltung hin zu einer allgemeinen Diskussion über Open

Data zu lenken. Weiter Bereiche wie die Bereitstellung von Basisdaten aus öffentlich geförderter Forschung (Open Science) würden im Zuge dieses Wandels profitieren.

### **Empfehlung 12: Zusammenführung der Diskussionsstränge zu PSI und OGD**

---

Gegenwärtig existieren in der Stadt Wien zwei einander kaum ergänzende Diskussionsstränge bezüglich der Offenlegung von Daten der öffentlichen Verwaltung: OGD als eine von Politik und Verwaltung aufgenommene Bewegung, die institutionalisiert wird und PSI, eine von der EU-Kommission ausgegebene Richtlinie, die seit 19 Jahren von der Verwaltung diskutiert wird und gegenwärtig vor der ersten Novellierung steht.

In der öffentlichen Wahrnehmung sollten PSI und OGD ähnliche Ziele verfolgen. Diese Wahrnehmung wird von EU-Kommissarin Neelie Kroes als Verantwortliche der Umsetzung der digitalen Agenda bestärkt. Auf EU-Ebene wird OGD mit der Novellierung der PSI Richtlinie eng verknüpft und diskutiert. Aufgrund der unterschiedlichen politischen Interessen und Positionen sowohl auf kommunaler, Landes- und Bundesebene werden in Österreich diese beiden Themen allerdings getrennt behandelt.

Die mit PSI und OGD betrauten Arbeitsgruppen sollten verwaltungsintern harmonisiert werden um schrittweise und auf Augenhöhe mit den verwaltungsexternen Stakeholdern den bei OGD üblichen Diskurs als das Vorgehensmodell in der PSI-Diskussion zu etablieren.

### **Empfehlung 13: Etablierung von CC-BY als das Standardmodell öffentlicher Förderungen**

---

Die Stadt Wien förderte im Jahr 2012 Projekte mit einer Gesamtsumme von 150,6 Millionen Euro<sup>20</sup>. Gefördert wurden Projekte, in welchen Informationen und Rohdaten entstehen, deren Nutzungsrechte nach Abschluss der Projekte bei den FördernehmerInnen verbleiben und deren gemeinnütziges Potential somit nicht genutzt werden kann. Wir empfehlen die Aufnahme der Förderbedingung, dass die Informationen und Daten unter CC-BY der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden müssen und nur in begründeten Fällen von dem Grundsatz der gemeinnutzbaren Informationen und Daten abgegangen wird. Förderabteilungen wären dann gezwungen, im Detail zu erläutern, warum sie von der Verpflichtung der Weitergabe durch die FördernehmerInnen abgegangen sind. Begründete Ausnahmen könnten sich im Wirtschaftsförderungsbereich finden. Diese minimale Veränderung der Förderbedingungen würde zu einer Vielzahl von offenen Daten und frei verfügbaren Informationen führen, die der Zivilgesellschaft, aber auch der Wirtschaft zur Verfügung stehen.

Neben den Förderungen Externer beauftragt die Stadt Wien auch vielfach Externe mit der Erstellung von Informationen und Daten; vielfach ist festzustellen, dass die Verwaltung selbst nur eingeschränkte Nutzungsrechte über diese Informationen und Daten hat und somit diese nicht unter der Lizenz CC-BY zur Verfügung stellen kann. Daher empfehlen wir auch im Bereich der Beschaffung den Grundsatz einzuführen, alle Nutzungsrechte zu sichern, um sowohl die interne als auch die externe nachhaltige Nutzung der Informationen und Daten zu gewährleisten.

---

<sup>20</sup> vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2011, S. 197, Tabelle 13.4.1, online unter <http://www.wien.gv.at/statistik/pdf/wirtschaft11.pdf> (abgerufen am 14.11.2012)